

p.s.

DIE LINKE ZÜRCHER ZEITUNG
NR. 40 / 17. NOVEMBER 23

**Frühling, Sommer,
Herbst, Winter.**
Vier Buchbeilagen ergänzen die
wöchentlichen Buchrezensionen.

WWW.PSZEITUNG.CH/ABO

Mit Buchbeilage

VELOPOLITIK

Stimmt das Tempo? Stimmt die Richtung?

SEITEN 14 - 16

WINTERTHUR

**Strategien für Wohnen
und Pflege im Alter**

S.3

IM GESPRÄCH

**Rare Therapieplätze für
Kinder und Jugendliche**

S.12 - 13

RIKLIN & SCHAUB

**Mit vollem Einsatz für die
Rettung der Menschheit**

S.23

Abgründig

Es liesse sich leicht kalauern, dass wer an der Oberfläche kratzt, schier zwangsläufig einen Blick in Abgründe freilege, so wie dies Thomas Ott allein schon technisch mit seinen Schab-Bildern unternimmt. Aber da mit Hannes Binder grob gesehen ein Pendant existiert, erweist sich dieser Kurzschluss als nicht haltbar. Christian Gasser nennt es in seinem Künstlerbeschrieb im Sikart-Lexikon zur Kunst in der Schweiz so: «Thomas Ott hält sich mit Vorliebe in den Schattenzonen kaputter Grossstädte auf; seine Protagonisten, namenlose Verlierer, geraten in eine Geschichte, die sie mit der unerbittlichen Logik eines Albtraums in den Abgrund zieht – bis zum bösen und zu meist überraschenden Ende.» Ott's Druckwerke tragen Titel wie «R.I.P.» oder «t.o.t.t.» und sind alle in der Edition Moderne erschienen, die Originale sowie von Handlungssträngen befreite Einzelwerke gehören selbstständig in eine Galerie. *froh.*

Thomas Ott: «Kein Ende in Sicht!», bis 22.12., Stephan Witschi Galerie und Edition, Zürich.



Thomas Ott «Wrong Way», 2023, Galerie Stephan Witschi

«R.I.P.» oder «t.o.t.t.» und sind alle in der Edition Moderne erschienen, die Originale sowie von Handlungssträngen befreite Einzelwerke gehören selbstständig in eine Galerie. *froh.*

Thomas Ott: «Kein Ende in Sicht!», bis 22.12., Stephan Witschi Galerie und Edition, Zürich.

Jedes Jahr neu

Mit Fug und Recht kann Nadine Schwarz als langjähriger Leiterin des Tanzfestivals Winterthur lobend unterstellt werden, sie habe mit der Einführung der «Intros» zum 25. Jubiläum die



Merge Dance Collective: «Gemeinsam streiten». (Bild: Mareycke Frehner)

Winterthurer Tanzszene aus dem Dornröschenschlaf geküsst und ihre Programmation orientiere

sich formal ebenso wie inhaltlich jedes Jahr neu am Puls der Zeit. Die reihum heute aktuellen Bestrebungen, anständige Gagen zu bezahlen, bei den Einladungen für die grösstmögliche Nachhaltigkeit zu sorgen und die Konsequenzen halt zu tragen, wie auch den Einbezug von jüngeren Perspektiven, was mit Audrey Wagner als Co-Leiterin jetzt im dritten Jahr alles aus einer klugen Bedachtheit von innen heraus geschehen ist, obschon die – pardon – mickrige Finanzlage jährlich nur noch zäher überhaupt zu beschaffen ist, verlangend der Würdigung und (Be-)Achtung. *froh.*

«31. Tanzfestival Winterthur», Fr, 17. bis Sa, 25.11., Theater am Gleis, Winterthur. Festivalpass: 50 Franken. www.tanzfestivalwinterthur.ch

Ce qui nous plaît

Was auf Reisen wirklich hilft, völlig unabhängig davon ob nach Athen, Neapel oder Alexandria, ist erfahrungsgemäss die Kenntnis der französischen Sprache. Jetzt verleitet die nicht unerheb-



liche frankophone Minderheit in der Schweiz zur Annahme, die Zuneigung zur Schwesternsprache, die einem einen Zugang zu einem unerwartet grossen Teil der Welt und zur Lektüre der besten Zeitung der Welt ermöglicht, wäre eine weit verbreitete Herzensangelegenheit. Hört man indes Sandrine Charlot Zinsli immer mal wieder erzählen, auf welche Hürden in der Unterstützung und Vorbehalte in der Programmation sie mit ihrer unermüdlichen Vermittlungstätigkeit stösst, erscheint es gleich doppelt erwähnenswert, dass das grösstenteils ehrenamtliche Engagement des Vereins «Aus arts etc.» auf zwanzig Jahre des Neugierdeweckens für auch eine Lebensart zurückblicken kann und dies gebührend feiert. *froh.*

«20 Jahre Aux arts etc.», Di, 21. bis So, 26.11., Theater Stok, Zürich. www.auxartsetc.ch

Drei Dutzend

«Edel sei der Mensch, hilfreich und gut», schrieb ein gewisser Hofrat Goethe seinen Zeitgenoss:innen vor bald 250 Jahren ins Pflichtenheft. Weils trotz langer Reifung eben nicht ausreichend gefruchtet hat, wandte sich vor bald siebzig Jahren ein gewisser Dürrenmatt der Schubumkehr zu und setzte mit «Der Besuch der alten Dame» seinem Publikum einen Spiegel vor. Heuchlerisch, engstirnig, duckmäuserisch und gierig sind seine

beinahe drei Dutzend Figuren in Güllen, denen nun Annette Windlin in einem fulminanten Solo (sic!) ganz allein Ausdruck und Nachhall verleiht. «Leidenschaftlich, grotesk, böse und komisch»,



(Bild: Beat Allgaier)

schreibt Ueli Burkhardt vom Theater Ticino in die Ankündigung und das will, mit Verlaub, etwas heissen. Musikalisch wird die Solistin von Christian Wallner unterstützt und die «Luzerner Zeitung» steigert sich gar in den Superlativ einer «Wahnsinnsfreude». *froh.*

Annette Windlin: «Der Besuch der alten Dame», Do, 23. bis Sa, 25.11., 20h (Sa, 19h), Theater Ticino, Wädenswil.

Aufbegehren

Heute ältere Säcke hatten in den 1980ern unter anderem Bérurier Noir mit ihrem «La jeunesse emmerde le Front National» als musikalische Stimmverstärker, um in gepflegter Punkmanier gegen die Gegebenheiten aufzubegehren. Heute steht die jetzige Jugend – auch musikalisch – auf einem völlig anderen Level. Nicht was das Bedürfnis anbelangt, aufzubegehren, aber die Erschwernisse haben sich seither nur noch vermehrt und für einige stellt der Kurzschluss in den Eskapismus keine befriedigende Alternative dar. Leila



Leila (Bild: Torvioll Jashari)

Surkovic, junge bosnisch-schweizerische Künstlerin, hat vor einem Jahr mit dem selber produzierten und hochgeladenen Song «Gun to my head» erstens den Nagel auf den Kopf getroffen, was das Lebensgefühl einer jüngeren Generation anbelangt und auch gleich noch mit ohne jedem Marketingtool erreichten über zwei Millionen Downloads einen regelrechten Hit gelandet. Jetzt spielt sie live. *froh.*

Leila: «Love the game», Do, 23.11., 20h, Exil Club, Zürich. Support: Jamila. www.leilaofficial.com

Schritt um Schritt zur lückenlosen Versorgung im Alter

Seit dem 1. Mai ist er im Amt, Danijel Kljajic, der neue Leiter Alter und Pflege. An einer Medienorientierung zog er eine erste Bilanz und erläutert kurz- und mittelfristige strategische Ziele. Ziel ist es, dass ältere Personen so lange wie möglich im eigenen Zuhause leben können. Zudem informierte er zusammen mit Stadtrat Nicolas Galladé über die Massnahmen zur Umsetzung der Pflegeinitiative in Winterthur. Entscheidend für deren Wirkung wird die Budgetberatung im Stadtparlament sein.

Matthias Erzinger

Neben neuen Alterswohnungen und einer ausgebauten Beratung für ältere Personen bildet die Umsetzung der Pflegeinitiative einen der Schwerpunkte des Bereichs im kommenden Jahr. Diese wurde vor rund zwei Jahren in Winterthur mit beinahe 70 Prozent gutgeheissen. Nun sind im kommenden Jahr verschiedene Massnahmen geplant, um diesen Auftrag der Stimmberechtigten auch in Winterthur umzusetzen. Gemäss Danijel Kljajic werden vor allem die Einstiegsgehälter erhöht und mit einem neuen Pool von Pflegefachpersonen, welche auf Abruf kurzfristig für Einsätze zur Verfügung stehen, sollen die Arbeitsbedingungen gestärkt werden. Knapp zwei Millionen sollen in diese Massnahmen investiert werden – sofern das Stadtparlament dem entsprechenden Antrag im Budget zustimmt.

Mehr «Gesundheitsberatung daheim»

Erfolgreich etabliert wurde in den vergangenen Jahren die «Gesundheitsberatung daheim». Diese soll nun ausgebaut, das Pensum von bisher 40 auf 80 Prozent erhöht werden. Auch dies ein Entscheid, der von der Budgetberatung abhängig ist. Mit diesem Angebot trägt die Stadt dazu bei, dass ältere Menschen länger in den eigenen vier Wänden bleiben können – und somit können dadurch wieder Kosten eingespart werden. «Wir reagieren damit auch auf einen Trend, dass die Menschen später in ein Heim wechseln und wollen dies noch unterstützen.» Das Angebot wurde erst 2020 gestartet. 2022 wurden bereits über 300 Personen unterstützt.

Günstige Alterswohnungen mit Serviceangebot

Um eine durchgehende «Versorgungskette» zu gewährleisten, wird die Stadt Winterthur im kommenden Jahr auch rund 30 neue Alterswohnungen mit Serviceangebot beim Alterszentrum Brühlgut eröffnen. Mehrheitlich handelt es sich um Einzimmerwohnungen mit einem angepassten Serviceangebot. Die Kosten sollen auch für tiefe Einkommen mit Ergänzungsleistungen finanzier- und tragbar sein. Die Mietpreise werden bei Vermietungsstart im Januar 2024 kommuniziert. Voraussichtlich

werden sie sich im Bereich von 1300 Franken bewegen. «Die Stadt schafft mit diesen Wohnungen ein neues Angebot. Bisher sind solche Wohnungen in Winterthur nur in mittleren bis hohen Preissegmenten verfügbar», hält Stadtrat Nicolas Galladé dazu fest.

Geschützte Wohngruppe

Bereits seit letztem Jahr gibt es in Winterthur auch eine geschützte Wohngruppe für ältere Menschen mit einer psychiatrischen Diagnose, zum Beispiel Depressionen, Schizophrenie, Angst oder Persönlichkeitsstörungen. Die interdisziplinäre Betreuung wird in enger Zusammenarbeit mit der «Integrierten Psychiatrie Winterthur» IPW gewährleistet.

Alle diese Massnahmen sind Teil der Umsetzung des Masterplans Pflegeversorgung, der vom Stadtrat 2021 festgesetzt wurde. Er soll eine lückenlose und bedarfsgerechte Versorgung gewährleisten. Nicolas Galladé dazu: «Ich freue mich, dass mit Herrn Kljajic einerseits Kontinuität und Stabili-



Seit Mai 2023 Leiter «Alter und Pflege» in Winterthur: Der 37jährige Danijel Kljajic begann seine Karriere im Bereich Alter und Pflege vor 13 Jahren als Pflegefachmann. (Bild: zvg)



Treibt die Strategie einer «lückenlosen Versorgungskette» im Altersbereich voran: Stadtrat Nicolas Galladé (SP) ist seit 13 Jahren Vorsteher des Departementes Soziales der Stadt Winterthur. (Bild: zVg)

tät im Bereich gewährleistet wird, wir aber auch Schritt um Schritt unsere im Masterplan Pflegeversorgung festgelegte Strategie weiter umsetzen können.

Das verpuffte Revolutiönli

Die Mehrheit der Bildungskommission probte bei der Zusammensetzung des Universitätsrats den Aufstand: Sie wollte zwei der sieben Mitglieder nicht wählen, weil sie bereits über 70 Jahre alt sind. Mit der Versicherung der Bildungsdirektorin Silvia Steiner, künftig die Sitze für den Rat öffentlich auszuschreiben, gab sich die Mehrheit des Kantonsrats gestern zufrieden und wählte den Seniorenclub in corpore.

Koni Loepfe

Der Kantonsrat besitzt mitunter die Fähigkeit, sich das Leben mit schwierigen Kompetenzordnungen schwer zu machen. Der Universitätsrat ist so ein Beispiel. Das Reglement kommt vom Regierungsrat. Dieser sucht auch die Kandidat:innen für den Verwaltungsrat der Universität und schlägt sie dem Kantonsrat vor. Er bestätigt die Auswahl des Regierungsrats. Was logischerweise auch bedeutet, dass er nicht bestätigen kann, wie nicht nur Marc Bourgeois (FDP) ausführte.

Der Kantonsrat darf auch einzelne Mitglieder ablehnen. Was er aber nicht kann, ist selber Mitglieder für den Universitätsrat suchen. Lehnt er den Vorschlag oder einzelne Kandidat:innen ab, muss der Regierungsrat einen neuen Vorschlag präsentieren, den der Kantonsrat dann wiederum annehmen oder ablehnen kann. Der Kantonsrat entscheidet zwar, aber er hat das Heft nicht wirklich in der Hand.

Der Vorschlag des Regierungsrats löste in der Bildungskommission Unmut aus; weil der Universitätsrat zum grössten Teil aus Pensionierten (das jüngste Mitglied ist 57 Jahre alt) besteht und zwei bisherige Mitglieder (Beat Hotz-Hart und Franziska Widmer Müller) bereits über 70 Jahre alt sind und damit nach der Verordnung des Regierungsrats eigentlich nicht mehr zur Wahl antreten dürften. Ab 70 Jahren darf eine Wahl nur noch ausnahmsweise erfolgen. Gerade zwei Ausnahmen fanden alle etwas gar viel. Zumal sich die anderen fünf Mitglieder auch um das Pensionsalter herum bewegen. Bildungsdirektorin Silvia Steiner erklärte die Zusammensetzung des Universitätsrats wie folgt: Der Regie-

rungsrat wähle bewährte Mitglieder (also die beiden über 70-Jährigen) nicht ab. Zumal es schwierig sei, bei den vorhandenen Rahmenbedingungen qualifizierte Mitglieder zu finden. Der Universitätsrat trifft die wichtigen strategischen Entscheidungen, wozu neuerdings auch die Immobilien gehören. Ihm dürfen keine Angehörigen der Universität angehören, aber auch keine von Konkurrenzfirmen – also anderen Universitäten. Zudem grenze die Entschädigung an ein Ehrenamt. Oder anders gesagt: Das Amt verlangt recht viel Wissen, beansprucht auch einiges an Zeit, ist aber kein relevanter Beitrag zum Lebensunterhalt.

Dazu kam für die Bildungskommission ein weiteres Dilemma: Die zur Wahl vorgeschlagenen Mitglieder sind qualifiziert, aber es sind zu viele vom Gleichen, die Zusammensetzung ist zu wenig «divers». Daraus zogen die verschiedenen Fraktionen unterschiedliche Schlüsse. Sibylle Jüttner (SP) wollte die Vorlage als gesamte an den Regierungsrat zurückweisen. «Wir halten nicht einzelne für unwürdig, unqualifiziert oder auch zu alt. Aber uns fehlt die Breite.» Dieser Meinung schlossen sich in der Kommission auch die Grünen, die AL und die GLP an.

Marc Bourgeois und die Mehrheit der Kommission setzten ein anderes Zeichen. Marc Bourgeois betonte in seinem Votum, dass er die beiden über 70-Jährigen für qualifiziert halte, aber es gehe nicht, dass der Regierungsrat seine eigene Verordnung nicht einhalte. Zumal er nicht einmal versucht habe, mit einer öffentlichen Ausschreibung zu erproben, ob sich nicht mehr und



Kein Zutritt? So weit kam es dann doch nicht: Alle Mitglieder des Universitätsrats wurden wiedergewählt, auch die über 70-Jährigen. (Bild: Urs Keller / Ex-Press)

andere gemeldet hätten. Es sei auch eine Frage der Transparenz.

Silvia Steiner versprach nach dem Kommissionsentscheid, dass die nächste Wahl öffentlich ausgeschrieben werde. Wobei sie, ehrlich oder rechthaberisch, wie sie nun einmal ist, betonte, dass sie nicht daran glaube, dass sich so viele Geeignete melden würden. Zudem überlege sie sich, ob der Passus mit den 70-Jähri-

und davon ausgehe, dass die nächste Wahl öffentlich ausgeschrieben werde und somit heute alle sieben wähle, war der Ausgang klar. Christa Stünzi erklärte, dass sich die GLP als Zeichen der Unzufriedenheit der Stimme enthalten werde. So stimmten am Schluss nur noch die AL und die Grünen für nur fünf Mitglieder.

Ein ähnliches Problem ist der Kantonrat daran, sich einzubrocken. Aus Gründen der guten Verwaltung und den Regeln einer «sauberen» Kontrolle möchten viele, dass künftig (also ab 2028) nicht mehr die Bildungsdirektorin das Präsidium im Universitätsrat führt. Damit er oder sie sich nicht sozusagen selber kontrollieren. Das ist, um es ganz deutlich zu sagen, Schaumschlägerei: Ein oder eine Regierungsrät:in im Universitätsrat ist die mächtigste Figur im Raum. Ob sie präsidiert oder nicht. Er oder sie bringen das Geld. Ein Universitätsrat ohne Regierungsrat ist für die Universität kaum gut.

Im Übrigen nahm der Kantonsrat die Berichte der Hochschulen ab, wählte unbestrittene Richter:innen und hörte sich eine Fraktionserklärung der AL, Grünen und der SP an, die sich gegen das von Mario Fehr geforderte Demonstrationsverbot bis Weihnachten richtete. Gerade die Erfahrung vom Wochenende in der Stadt zeigte, dass Demonstrationen zum Nahostkrieg ohne Gewalt ablaufen, obwohl selbstverständlich auch Parolen skandiert werden, die den einen nicht passen.

Ein oder eine Regierungsrät:in im Universitätsrat ist die mächtigste Figur im Raum. Ob sie präsidiert oder nicht. Er oder sie bringen das Geld. Ein Universitätsrat ohne Regierungsrat ist für die Universität kaum gut.

gen überarbeitet werden solle, da er altersdiskriminierend sein könnte.

Da Sibylle Jüttner erklärte, die SP werde, falls der Rückkommensantrag keine Mehrheit finde, die Wahl von allen sieben unterstützen, und Marc Bourgeois deutlich machte, dass die FDP keinen Scherbenhaufen wolle

Rosengarten, Kultur, Papierberge

Der Zürcher Gemeinderat hat die Nachtragskredite ebenso bewilligt wie die Beiträge an diverse Kulturinstitutionen für die kommenden vier Jahre. Auch die Rosengartenstrasse gab mal wieder zu reden.

Nicole Soland

In die Doppelsitzung vom Mittwochabend startete der Zürcher Gemeinderat mit einer Fraktionserklärung der Grünen, verlesen von Anna-Béatrice Schmaltz: Die Grünen «begrüssen es sehr, dass ab Mitte November auf dem Kasernenareal eine provisorische Kontakt- und Anlaufstelle für Drogenkonsumierende zur Verfügung steht» (siehe auch Seite 17 dieser Ausgabe). Von zwei Anträgen auf Fristerstreckung ging der erste ohne grosse Diskussion durch, beim zweiten jedoch entbrannte eine lebhaftige Debatte – da konnte Ratspräsidentin Sofia Karakostas noch so darauf hinweisen, dass es inhaltlich gar nichts zu beraten gebe, sondern es lediglich um die Fristerstreckung gehe...

Doch der Grund für den grossen Redebedarf war natürlich beim Inhalt der Vorlage zu suchen, die der Stadtrat nun nicht innert Frist ausarbeiten kann: Sie hat den Zweck, eine dringliche Motion der SP-, Grüne-, GLP- und AL-Fraktion sowie der Parlamentsgruppe EVP «betreffend Entlastung und stadtverträgliche Umgestaltung der Achse Bucheggstrasse/Rosengartenstrasse/Hardbrücke» umzusetzen.

Dreimal Nein...

Stadträtin Simone Brander erinnerte an das Nein von zwei Dritteln der Abstimmenden zum Rosengartentunnel am 9. Februar 2020 und zählte auf, was seither so alles im Tun ist: Zum Beispiel «kurzfristig umsetzbare Massnahmen» für den Fuss- und Veloverkehr sowie zur Reduktion der Fahrzeitverluste des öV zwischen Hardbrücke und Bucheggplatz. Weiter die «Reduktion der signalisierten Höchstgeschwindigkeit gemäss Gesamtkonzept Strassenlärmsanierung dritte Etappe». Eine Studie soll die Erweiterung der flankierenden Massnahmen ausloten, die im Hinblick auf die Eröffnung des Ausbaus Nordumfahrung angedacht sind, bevor dann ein Planungsprozesses «für eine umfassende Neubetrachtung und Umgestaltung der Rosengartenachse» starten soll. Natürlich erwähnte Simone Brander auch, dass die Kantonspolizei Tempo 30 auf der Rosengartenstrasse verboten und die Stadt Rekurs gegen diesen Entscheid eingelegt hat.

Stephan Iten (SVP) begründete den Ablehnungsantrag seiner Fraktion mit einem dreifachen Nein – «von SVP, Kantonspolizei und Regierungsrat»: Das Nein zum Tunnel habe sicher nicht geheissen, dass es dort Fussgängerstreifen und Tempo 30 geben solle. Solche Massnahmen hätten zudem «garantiert einen Einfluss auf den Durchgangsverkehr» und führten zu Staus bis auf

die Hardbrücke, zum Albisriederplatz, ja die Badenerstrasse runter bis Schlieren, und auch der öV würde leiden. Kurz: «Es braucht keine Fristerstreckung, sondern die Abschreibung dieser Motion!» Andreas Egli (FDP) erklärte, es ergebe sich aus der Vorlage selbst, dass sie erst in einigen Jahren umsetzbar sei. Es leuchte ihm deshalb nicht ein, was eine Fristverlängerung um zwölf Monate bringen solle, es bräuchte jetzt einen Bericht mit geplanten Massnahmen.

...und dreimal Ja

Davy Graf (SP) entgegnete Stephan Iten, «wir sagen Ja, Ja, Ja» – nach der «historischen» Abstimmung vom 9. Februar 2020 habe der Kanton keine neuen Ideen geäussert, «aber er kann verhindern». Dabei sei die Lärmsanierung «Pflicht», und er hoffe, dass die ersten Massnahmen rasch umgesetzt würden, denn wenn die Nordumfahrung 2027 fertig sei, dann müssten die flankierenden Massnahmen parat sein: «Solch eine Chance bekommen wir nicht mehr.» Sven Soberheim fasste sich gewohnt kurz: «Ob es reicht, hängt von der Sicherheitsdirektion ab, das ist das Problem.» Markus Knauss (Grüne) fand, er wäre froh, in einem Jahr zu erfahren, «was gemacht wird». Seiner Ansicht nach müsste das «Zielbild» jedoch «eine ganz normale städtische Hauptstrasse sein, wie beispielsweise die Birmensdorfer- oder die Badenerstrasse. Schliesslich genehmigte der Rat die Fristerstreckung um zwölf Monate mit 81 gegen 33 Stimmen (von SVP und FDP).

«Bei uns kann auch ein einfaches Mitglied eine Idee einbringen, es braucht dazu keinen Milliardär aus Herrliberg...»

Jehuda Spielman, FDP

Die Nachtragskredite II. Serie 2023 lösten keine grossen Diskussionen aus, nur die SVP stimmte dagegen. Danach galt es, die Beiträge 2024 bis 2027 für diverse Kulturinstitutionen zu bewilligen, vom Jazz-Verein Moods bis zum Literaturhaus. Die Grünen schickten der Debatte eine Fraktionserklärung voraus, verlesen von Urs Riklin. Er sagte, auch wenn das «hochstehende und vielseitige

Kulturangebot ein Segen» sei, «so fällt es definitiv nicht einfach vom blauen Himmel». Für eine lebendige Kulturstadt brauche es nebst kreativen Geistern und motivierten Macher:innen «vor allem auch geeignete Rahmenbedingungen». Nach unterschiedlich intensiven Debatten hiess der Rat alle Beiträge gut.

Online-Erläuterungen

Bis zum Sitzungsende um 23.30 Uhr beschäftigte sich der Rat sodann noch mit einem Postulat von Flurin Capaul und Jehuda Spielman (beide FDP). Ihre Forderung: Der Stadtrat solle prüfen, «den Umfang der verschickten Abstimmungsunterlagen zu reduzieren»: Die Stimmberechtigten sollten die Möglichkeit erhalten, sich «per Opt-Out vom Erhalt der gedruckten Erläuterungen abmelden zu können». Stimmzettel und -couvert sowie den Stimmrechtsausweis würden aber alle nach wie vor zugeschickt bekommen, und zudem sollte an geeigneter Stelle ein QR-Code aufgedruckt sein mit dem Link zu den Online-Erläuterungen. Flurin Capaul erklärte, man erhalte bisweilen sehr viel Papier zugestellt. Im FDP-Chat habe sich jemand deswegen beschwert. Zudem informierten sich heutzutage sowieso die meisten online. Unterschiedlich bestückte Abstimmungscouverts zu verschicken, wäre logistisch gesehen kein Problem, denn das gebe es bereits – Unterlagen für eine Abstimmung der Reformierten etwa erhielten auch nur jene, die Mitglied der Reformierten Kirche seien.

Samuel Balsiger (SVP) amüsierte sich über das «Lehrstück in Populismus» der FDP: «Ein Mitglied beschwert sich, und schon sagt ihr, die meisten informierten sich online?» Urs Riklin (Grüne) befand, die Idee sei prüfenswert, aber es werde dann auch schwieriger, FDP-Wahlflyer im offiziellen Couvert zu verschicken, «richten Sie das bitte Ihren Freunden in Geroldswil aus...» Auch die SP finde die Idee prüfenswert, sagte Maya Kägi Götz und beantragte eine Textänderung: Die Online-Erläuterungen sollten «barrierefrei» zur Verfügung gestellt werden. Und Jehuda Spielman erklärte trocken, «bei uns kann auch ein einfaches Mitglied eine Idee einbringen, es braucht dazu keinen Milliardär aus Herrliberg...» Das geänderte Postulat wurde schliesslich mit 98 gegen 12 Stimmen (der SVP) überwiesen.

FORUM

Sozialdemokratische Migrationspolitik

Leserbrief zur Replik «Menschenfeindliche Forderungen» im P.S. vom 10. November

Die Replik vom 10.11. ist kein Beitrag zur dringend nötigen Diskussion. Sie kommt zwar mit Fakten zu Details daher, ist aber von Beginn weg so polemisch, dass sie nicht ernst genommen werden kann. Schon die Bezeichnung der Autoren des Vorschlags als «Stammtisch» ist so abwertend, dass mir der Umgang der SVP mit anderen Meinungen in den Sinn kommt.

Mir scheint auch, der Autor der Replik hat den Text nicht sorgfältig gelesen, sonst würde er nicht behaupten, der Vorschlag würde ein noch brutaleres Grenzregime befürworten. Es stimmt auch nicht, dass sich der Vorschlag gegen diejenigen richtet, die eine Chance auf Asyl haben, im Gegenteil. Auch der Vorwurf, es würde Rosinenpickerei betreiben, ist aus der Luft gegriffen. Gerade die Auswanderung der jungen, gut ausgebildeten Leute soll verhindert werden, weil sie es sind, welche sich gegen alteingesessene Diktatoren wehren und den Staat erneuern könnten. Dafür braucht es aber Perspektiven vor Ort!

Jedes grössere Problem kann nicht aus einer einseitigen, ideologischen Sicht gelöst werden. Mir kommt als Beispiel der Drogen-Platzspitz in den Sinn. Auch in der Migrationspolitik braucht es vielfältige Ansätze, wozu auch ein gewisses Mass an Repression gehört. Hauptfokus ist aber eine Verbesserung der Verhältnisse in diesen Ländern, z.B. indem nicht mehr die korrupte Elite durch unsere Politik und Wirtschaft unterstützt wird. Stichworte sind: Steuerpolitik für Konzerne, Kohärenz der schweizerischen Aussenpolitik und eine Zusammenarbeit, die zur Verbesserung von Bildung, Gesundheit, Infrastruktur und Gewaltentrennung beiträgt.

Ruedi Meyer, Zürich

SP60+

Liegt die Schweiz überhaupt in Europa? Erasmus oder Nostradamus!

Wir erinnern uns nur zu gut: Nach sieben Jahren Verhandlungen hatte der Bundesrat der Europäischen Union mitgeteilt, die Gespräche zum Rahmenabkommen abzubrechen. Auf den ersten Blick verlor die Schweiz nichts. Es blieb alles beim Alten: die Souveränität bewahrt, der Zugang zum europäischen Binnenmarkt gewährleistet, etc.

Doch halt...! Erste Speerspitzen sind bereits spürbar, weil die Schweizer Regierung hoch gepokert hat und die EU nicht bereit ist, auslaufende Abkommen ohne neuen Rahmenvertrag aufzudatieren. Stichworte heissen Horizon, Stromabkommen, Börsenäquivalenz, Medizinaltechnik, usw. Die EU will den bilateralen Weg nur fortsetzen, wenn die institutionellen Fragen in einem Rahmenvertrag geklärt werden.

Die letzten zwei Jahre haben gezeigt: Der bilaterale Weg erodiert, die düsteren Prophezeiungen drohen wahr zu werden: «Kein Erasmus und immer mehr Nostradamus!» «Abwarten und zu viel Tee trinken schlägt auf den Magen!» Das wissen auch die Engländer. Nach dem «Brexit» nun einen «Schwexit»?!

Vor drei Wochen hat der Bundesrat beschlossen, wieder einen «Entwurf für ein Verhandlungsmandat mit der EU» auszuarbeiten, was immer das heissen mag. Zum Glück kommt die lange Zeit gelähmte EU-Frage nun erneut in die Gänge. Gespräche der Regierung mit den Kantonen, Sozialpartner:innen und der Wirtschaft insbesondere über den Lohnschutz und die staatlichen Beihilfen haben stattgefunden. Bereits sind die «roten Linien» wieder auf dem Verhandlungstisch eingekerbt. Haben da Kompromisse, ein Geben und ein Nehmen überhaupt eine Chance?

Die SP60+ hat das Thema Europa prominent auf ihre Wahlplattform gesetzt. Wir finden: Nun aber genug der Innensicht und Bauchnabelperspektive! Wir wollen unbedingt einen Blick von aussen auf die EU-Frage und das Verhältnis von Europa mit der Schweiz werfen. Dazu wird der österreichische EU-Abgeordnete Andreas Schieder extra in die Schweiz reisen. Er präsentiert uns die Aussensicht zur Schweizer EU-Politik und beantwortet Fragen. Als österreichischer Europa-Abgeordneter leitet er die SP-Fraktion im EU-Parlament und wird einen wichtigen Beitrag leisten, das Europathema in unserer Partei und der Öffentlichkeit wieder zu aktivieren.

Die Veranstaltung findet am kommenden Freitag, 24. November 2023, von 14 bis 15.30 Uhr im Sekretariat der SP Zürich, Gartenhofstrasse 15 in Zürich statt. Alle Interessierten sind herzlich eingeladen.

Marcel Burlet, Watt (SP 60+ ZH)

IN KÜRZE

Vermögensteuer in der EU?

Seit 2012 können EU-Bürgerinnen und -Bürger Initiativen ergreifen und die EU-Kommission aufordern, Änderungen an ihrer Politik vorzunehmen. Damit eine solche Initiative zustandekommt, sind eine Million Unterschriften im ganzen EU-Raum nötig.

Anfang Oktober 2023 startete ein Bündnis, dem u.a. SP-Politiker:innen aus Belgien, Ungarn, Gewerkschaften aus Finnland, die linke Millionenerbin Engelhorn aus Österreich sowie Thomas Piketty angehören, eine neue EU-Initiative. Gefordert wird eine europäische Steuer auf grosse Vermögen. Diese EU-Vermögenssteuer soll eine neue Eigenmittelquelle der EU darstellen. Mit deren Einnahmen soll der ökologische und soziale Wandel sozial gerecht finanziert werden. Die Initiative kann von allen EU-Bürger:innen, auch Doppelbürger:innen mit Wohnsitz in der Schweiz, elektronisch unterschrieben werden. Der Link dazu lautet www.tax-the-rich.eu. *hk*.

Knapp genügend

Nur knapp hat Winterthur die gesetzten Ziele bei der Ausgewogenheit der Geschlechter in der Besetzung von Kaderstellen erreicht. Dies zeigt der neueste Diversity-Bericht, der vom Stadtrat zur Kenntnis genommen wurde. Wie der Bericht der Fachstelle Diversity Management für die Jahre 2021 und 22 aufzeigt, hat sich die Ausgewogenheit des Geschlechterverhältnisses innerhalb der Stadtverwaltung seit 2017 grundsätzlich verbessert. So hat sich auf der oberen Führungsebene der Frauenanteil von 30 Prozent 2017 auf 35 Prozent 2022 erhöht. Damit erreicht der Anteil Frauen jedoch nur den vom Stadtparlament verlangten Mindestanteil an Frauen in dieser Führungsebene, die rund 60 Personen umfasst. Allerdings hat sich das Verhältnis in der Berichtsperiode nicht verbessert, im Gegenteil: 2020 war der Anteil noch bei 36 Prozent gelegen. Grundsätzlich müsste sich der Stadtrat daher bei anstehenden Neubesetzungen von Kaderstellen, wie zum Beispiel die Bereichsleitung Familie und Betreuung im Departement Schule, daher tendenziell auf weibliche Bewerberinnen fokussieren, um den gesetzten Mindestwert nicht zu unterschreiten.

Auch das von der Verwaltung selbst gesetzte Ziel von 45 Prozent Frauenanteil auf der mittleren Führungsebene wurde in der Berichtsperiode nicht erreicht, sondern mit 43 Prozent knapp verpasst. Lediglich auf der unteren Führungsstufe wurde mit 51 Prozent Frauenanteil der Mindestanteil klar überschritten.

Der vollständige Diversity-Bericht für die Jahre 2021 und 2022 kann via Eingabe des Suchbegriffs «Diversity-Bericht» auf stadt.winterthur.ch heruntergeladen werden. *me*.

Rahmenkredit

Der Zürcher Stadtrat beantragte an seiner Sitzung vom Mittwoch einen neuen Rahmenkredit für das Angebot von Energiedienstleistungen

IMPRESSUM

P.S., die linke Zürcher Zeitung, Auflage: 2450 Ex.

Herausgeber: P.S. Verlag, Hohlstr. 216, 8004 Zürich

Druck: CH Media Print AG, St. Gallen.

Redaktion: Min Li Marti (mlm.), Tel. 044/241 07 60 (Politik), Nicole Soland (nic.), Tel. 044/241 07 60 (Politik/Produktion), Thierry Frochoux (froh.), Tel. 044/240 44 25 (Kultur/Produktion), Tim Haag (tim.) (Volontariat).

Mitarbeit: Koni Loepfe (kl.), Tel. 044/241 06 70, Peter Weishaupt (pw./Korrektorat), Hans Steiger (haste), Tobias Gerosa (tg.), Arthur Schächli (as.), Hermann Koch (hk.), Matthias Erzinger (me.), Angela Bernetta (net.), Roxane Steiger (rst.), Sergio Scagliola (sca.).

Inserate/Abos: Anna Hug, Iris Wehrli, Tel. 044/241 07 60. anzeigen@pszeitung.ch, aboservice@pszeitung.ch.

redaktion@pszeitung.ch, www.pszeitung.ch, PC-Konto: 87-569389-2
Erscheint seit Februar 1999 wöchentlich

Abopreis: Fr. 230.- (Gönner:innen: ab 300.-), enthält 10 x jährlich die Musikzeitung LOOP. Separat-Abos: 33.-, www.loopzeitung.ch

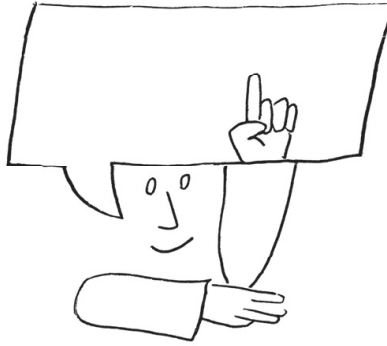
durch das Elektrizitätswerk der Stadt Zürich (EWZ). Der aktuelle Rahmenkredit ist erschöpft. Mit einem neuen in der Höhe von 200 Millionen Franken soll das EWZ diese Geschäftstätigkeit weiterführen. Der Gemeinderat und die Zürcher Stimmberechtigten haben dem Elektrizitätswerk der Stadt Zürich seit 2003 sechs Rahmenkredite und einen Objektkredit für das Erbringen von Energiedienstleistungen in der Höhe von insgesamt 643,7 Millionen Franken und einen zusätzlichen Rahmenkredit für den Ausbau der thermischen Netze in der Stadt Zürich von 573 Millionen Franken bewilligt. Die Rahmenkredite sollen es dem EWZ ermöglichen, weiterhin Projekte für nachhaltige Energieversorgungslösungen zu realisieren und vom Stadtrat genehmigen zu lassen. Damit können auch grössere Projekte zügig realisiert werden und das EWZ bliebe wettbewerbsfähig. Das letzte Wort dazu haben die Stimmberechtigten. *mlm.*

Pflege

Das Gesundheits- und Umweltdepartement (GUD) geht voran mit der Verbesserung der Arbeitsbedingungen für Mitarbeiter:innen in den Pflege- und Betreuungsberufen der städtischen Gesundheitsinstitutionen, wie der Stadtrat in seinen Mitteilungen vom Mittwoch bekanntgab. Der Fachkräftemangel im Bereich der Pflege ist bekannt und kann nicht von der Stadt Zürich allein gelöst werden. Dennoch will der Stadtrat die Arbeits- und Arbeitsbedingungen verbessern.

Dies ist Teil des 2022 vom Gesundheits- und Umweltdepartement lancierten Programms «Stärkung Pflege». Eine erste Massnahme des Programms «Stärkung Pflege» war die Überprüfung und fallweise Anpassung der Funktionseinstufungen für diese Berufsgruppen. Im Stadtspital Zürich und in den Gesundheitszentren für das Alter wurden zudem mit den Mitarbeiter:innen massgeschneiderte Lösungen entwickelt, die mehr Flexibilität, Mitbestimmung und Entlastung bringen und die Aus-, Fort- und Weiterbildung stärken. Eineinhalb Jahre nach der Lancierung des Programms «Stärkung Pflege» sind im GUD bereits erste positive Auswirkungen erkennbar. So konnten im laufenden Jahr offene Stellen einfacher besetzt und die Fluktuationsraten sowie die Kosten für Temporäreinsätze gesenkt werden. Auch die Rückmeldungen von Mitarbeiter:innen, deren Verbänden sowie aus dem Zürcher Gesundheitswesen sind positiv. Der Stadtrat legt in einem Bericht in Beantwortung von mehreren Vorstössen im Gemeinderat eine umfassende Übersicht über die getroffenen Massnahmen dar. Das Programm «Stärkung Pflege» wird weitergeführt und die Massnahmen werden laufend weiterentwickelt. Deren Wirkung innerhalb der städtischen Gesundheitsinstitutionen soll analog zum Monitoring der Pflegeinitiative auf Bundes- und Kantonebene dokumentiert und dem Gemeinderat berichtet werden. *mlm.*

KOMMENTAR



Gesicht der relativen Niederlage

Balthasar Glättli bewirbt sich im nächsten Frühling nicht mehr um das Präsidium der Grünen. Seine Begründung leuchtet wie der praktisch gleichzeitige Rücktritt von Urs Fischer als Trainer von Union Berlin ein. Einen Vergleich, den er selber zog. Er betonte in den Rücktrittsinterviews, dass die Grünen bei diesen Wahlen zwar verloren haben, aber nicht gescheitert sind, er für sie eine gute Zukunft sieht und dass er nicht allein für den Wahlrückschlag verantwortlich sei, da bei den Grünen viele mitsprächen und mitbestimmten. Aber er sei nun einmal «das Gesicht der Niederlage» und die Grünen benötigten für die Zukunft somit ein anderes oder zwei Gesichter an der Spitze. Balthasar Glättli war als Fraktionspräsident und als Vizepräsident der Wahlleitung 2019 massgeblich am Triumph von 2019 beteiligt. Bis vor gut einem Jahr hielten die Erfolge an, die Zahl der Parteimitglieder stieg auf 14 000, das Klimaschutzgesetz kam durch, das Klima blieb aktuell, auch wenn sich die Akzente leicht verschoben. War die Bewegung der Klimajugend 2019 vielen sympathisch und gab den Grünen Auftrieb, so kann man dies von den Klimaklebern nicht behaupten. Auch wenn ich nicht glaube, dass sie für die Wahlniederlage gross verantwortlich sind, hilfreich waren sie nicht und die Grünen fanden inklusive Balthasar Glättli klare Worte der Einordnung zu selten.

Für den Umschwung war sicher der Krieg in der Ukraine mit der damit verbundenen Energiekrise mit nachfolgender Inflation verantwortlich. Zusammen mit der Wohnungsnot und den Krankenkassenprämien führte dies dazu, dass die Sicherheit und die soziale Frage ins Zentrum rückten. Die Grünen realisierten dies durchaus, sie mussten sich, um das Soziale mit der Energie zu verbinden, keineswegs verbiegen. Aber es ging ihnen wie der SP vor vier Jahren, als diese verzweifelt versuchte, sich als Klimapartei zu verkaufen. Was wenig nutzte: Wer grün und sozial wollte, wählte damals eher die Grünen, und wer diesmal sozial und grün wollte, die SP. Daran

hätte eine andere Wahlstrategie (abgesehen von möglicherweise einer klareren Position zur Ukraine) wenig geändert. Die Niederlage der Grünen ist seit dem Sonntag mit den zweiten Wahlgängen in der Westschweiz grösser geworden. Obwohl Balthasar Glättli seinen Rücktritt vorher beschlossen hatte, machte dieser Sonntag ihn noch deutlicher, wenn auch unverschuldet zum Gesicht der Niederlage. Wenn in Genf Lisa Mazzone, Vizepräsidentin der Grünen, nationale Wahlkampfleiterin und potenzielle Ständeratspräsidentin abgewählt wird und zwei nicht nur altersmässig angegraute Herren der jungen Frau vorgezogen werden, liegt das kaum im Einflussbereich von Balthasar Glättli oder einem anderen Gesicht an der Spitze der Grünen. Dieser Rückzug auf das Alte in der Waadt und in Genf sollte auch der SP zu denken geben, obwohl sie dabei sogar einen Sitz gewann.

In der Bundesratsdiskussion spielte Balthasar Glättli mit wenig Karten. Vor allem fehlte es ihm an bekannten Grünen, die wirklich Bundesrat werden wollen. Gerhard Andrey ist sicher ein guter Bundesratskandidat, aber mit dem Makel behaftet, der einzige Interessent gewesen zu sein. Die Bundesratsfrage nahm auch eine so grosse Dimension an, weil die Medien das Thema liebend gerne bewirtschaften und Balthasar Glättli höflich und redlich Fragen beantwortet. Die Möglichkeit des Mittepräsidenten Gerhard Pfister fehlte Balthasar Glättli dabei. Jener hält, um es in der direkten Art von Christina Neuhaus in der NZZ zu sagen, Bundesrat Cassis für eine Pfeife. Trotzdem wiederholt er stoisch: «Wir wählen keine amtierenden Bundesräte ab.» Warum man sie dann alle vier Jahre wiederwählen muss, fragte ihn noch nie ein Journalist. Bei den Wahlen spielten in den Medien und den Umfragen die Parteipräsident:innen eine so zentrale Rolle wie noch nie. Balthasar Glättli glänzte dabei nicht immer. Er ist ein kluger, aber kein mitreissender Debattierer. Wie seine Vorgängerin Regula Rytz übrigens auch. In dieser Hinsicht war die SP mit dem Co-Präsidium insofern bevorzugt, als man sich mindestens auf zwei einschliessen musste. Ich glaube nicht, dass die Grünen mit einem anderen Präsidium bei den Wahlen anders abgeschnitten hätten. Trotzdem entschied Balthasar Glättli mit seiner Nichtwiederkandidatur richtig. Es gibt der Partei ein neues Gesicht und sich die Möglichkeit, als Nationalrat seine Gebiete zu bearbeiten. Ich hoffe, dass er wieder Zeit und Lust findet, seine Erkenntnisse im P.S. zu verarbeiten.

Koni Loepfe

Moitié-Moitié

Die P.S.-Berichterstattung über
Politik und Kultur halten sich
in etwa die Waage.

WWW.PSZEITUNG.CH/ABO

Unbequeme Freiheiten

Ich glaube nicht, dass früher alles besser war. Es war vielleicht besser versteckt. Schlummerte unter der Oberfläche und kam nicht zum Vorschein. Zum Beispiel war ich lange überzeugt, dass das Konzept der wehrhaften Demokratie in Deutschland funktionierte. Dass die deutsche Politik und Gesellschaft verinnerlicht hatte, dass eine Demokratie angreifbar ist und nicht selbstverständlich. Und dass es darum auch wichtig war, Grundrechte und Rechtsstaatlichkeit aufrechtzuerhalten. Heute ist die AfD in Deutschland gemäss Umfragen bei über 20 Prozent der Stimmen. Und die einstige Brandmauer bröckelt. Ich kann mich auch erinnern, dass es früher in der deutschen FDP Menschen gab, deren Verständnis von Liberalismus auch den Schutz der Grundrechte beinhaltete. So wehrte sich in den 1990er-Jahren die damalige Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger gegen den sogenannten «Grossen Lauschangriff», der den Strafverfolgungsbehörden und den Nachrichtendiensten die Möglichkeit gab, Privatwohnungen akustisch zu überwachen. Nachdem sich die FDP dafür ausgesprochen hatte, trat Leutheusser-Schnarrenberger zurück. Der Lauschangriff wurde Realität – auch mit den Stimmen von SPD und Grünen. Nun könnte man die

Nun könnte man die bekannte Leier anstimmen, dass es früher bei der FDP noch Liberale gab und heute leider nicht mehr. Aber so einfach ist es nicht.

bekannte Leier anstimmen, dass es früher bei der FDP noch Liberale gab und heute nicht mehr. Aber so einfach ist es nicht. Denn dieselbe Leutheusser-Schnarrenberger macht auch heute wieder Schlagzeilen. In einem Interview mit dem TV-Sender WDR vertrat sie die Ansicht, dass das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit nur Deutschen zustehe: «Wenn die Versammlung in NRW (Nordrhein-Westfalen) angemeldet wird, dann muss geprüft werden, wie die Staatsangehörigkeit ist, denn das ist eines der wenigen Grundrechte, das nur Deutschen zusteht.» Sprich: Demonstrieren dürfen nur noch Deutsche. Nun mag diese Aussage vor dem Hintergrund entstanden sein, dass es in Deutschland einige pro-palästinensische Demonstrationen gab, bei denen antisemitische Parolen skandiert wurden und die von Islamist:innen (ja, es gibt hier unerklärlicherweise auch Frauen) dominiert wurden. Das ist durchaus besorgniserregend. Aber kein Grund, Menschen grundsätzlich ein Grundrecht abzuerkennen.

Bei einer SP-internen Anhörung zum Jugendstrafrecht sagte ein Strafverteidiger zu uns, dass er es eigentlich für eine Tragödie hält, dass die Liberalen liberale und freiheitliche Werte nicht mehr vertreten würden. Dass er aber dankbar sei, dass jetzt die Linke diese Werte verteidige. Tatsächlich ist es so, als ob die grundrechtsaffinen Vertreter:innen in der FDP auch in der Schweiz nicht mehr wahnsinnig zahlreich sind. Sicherheit wird im Zweifelsfall höher gewichtet als Freiheit, und den Zweifelsfall gibt es sowieso schon kaum mehr. Man könnte allerdings auch sagen, dass vielleicht schon in der Ideengeschichte des Liberalismus – wie der Publizist Raul Zelik in einem Interview mit P.S. dargelegt hat – das Eigentumsrecht immer schon als das zentralste Freiheitsrecht angesehen wurde und alle anderen als nebensächlich. Und die Demokratie, die über die Mitbestimmung der Besitzenden hinausging, von anderen Kräften wie Gewerkschaften oder Frauenbewegung erkämpft wurden.

Ob wir als Linke oder als Sozialdemokrat:innen aber wirklich jene sind, die die Grundrechte ohne Einschränkungen vertreten, wage ich dennoch ein wenig zu bezweifeln. Dazu ein paar Beispiele, die zwar die SP nicht direkt betreffen, aber dennoch nicht ganz unrepräsentativ sind, für das Spektrum, dass die SP vertritt. Regierungsrat Mario Fehr hat in der NZZ dazu aufgerufen, dass die Stadt Zürich – wie die Stadt Bern – keine pro-palästinensischen Demonstrationen mehr zulassen soll: «Ich will keine deutschen Verhältnisse auf Schweizer Plätzen. Auch bei uns finden Anti-Israel-Demonstrationen statt, die zunehmend von Extremisten gekapert werden.» Nun ist Mario Fehr nicht mehr SP-Mitglied, aber er war es jahrzehntelang und er wurde auch von vielen SP-Wähler:innen gewählt. Und er ist gemäss Selbstbezeichnung ein Sozialliberaler. Ich sehe den zunehmenden Antisemitismus ebenfalls mit Besorgnis und die Gefahr, dass an diesen Demonstrationen antisemitische Parolen oder Transparente verwendet werden, als real an. Nur gibt es dafür ein Gesetz: Die Antirassismustrafnorm, die notabene der jetzige Ständeratskandidat Gregor Rutz noch als Jungfreisinniger bekämpft hat, gibt den rechtlichen Rahmen vor und gibt die Möglichkeit, gezielt einzuschreiten. Das ist noch kein Grund, die Versammlungsfreiheit grundsätzlich einzuschränken. Noch absurder wird es, wenn man wie in Bern die Einschränkung damit begründet, dass viele Weihnachtsmärkte stattfinden oder «die Leute genug von Demonstrationen haben», wie es der Berner FDP-Regierungsrat Philippe Müller in einem Interview mit dem «Bund» darlegte. Nun ist für die Einschränkung in der Stadt Bern Polizeivorsteher Reto Nause (Mitte) zuständig. Nur hätte die rotgrüne Mehrheit in der Stadtberner Exekutive sich wohl durchaus gegen ihr Gspänli durch-

setzen können, wenn sie dies gewollt hätte. Dass die Leute in der Weihnachtszeit lieber ungestört einen Glühwein trinken wollen, kann ich durchaus nachvollziehen. Dass Demonstrationen nerven ebenso. Aber unter den sehr guten Gründen, die es für eine Einschränkung der Versammlungsfreiheit geben müsse, wie Staatsrechtler:innen betonen, gehören diese wohl kaum.

Das Hauptproblem sehe ich insbesondere in der Tendenz, eine Einschränkung der Meinungsfreiheit hinzunehmen, wenn es gegen die eigene Meinung geht. Ich habe auch wenig Sympathien

Meinungsfreiheit gilt offenbar nur für die eigene Meinung.

für Abtreibungsgegner:innen oder Corona-Massnahmenskeptiker:innen. Doch dennoch haben sie ein Recht, ihre Meinung öffentlich kundzutun. Auch in einer Demonstration. Es steht auch jedem oder jeder zu, eine Gegendemonstration zu organisieren. Aber verbieten sollte man diese Kundgebungen auch nicht und es ist auch undemokratisch, jemanden daran zu hindern, eine Kundgebung abzuhalten. Und selbst wenn das Gerede von der Cancel culture oft übertrieben ist, gibt es hier durchaus zum Teil illiberale Tendenzen, die man auch kritisieren sollte.

Die These, die Grünen hätten die Wahlen verloren, weil die Leute keine Lust hatten, daran erinnert zu werden, dass die Klimakrise zum einen ernst und zum zweiten noch ungelöst sein halte ich nicht ganz für unplausibel. Und diese spielt wohl auch eine Rolle bei den Demoverboten. Dass einem der Nahostkonflikt wütend, traurig oder hilflos macht, kann ich verstehen. Dass man lieber einen Glühwein trinken und die Sorgen der Welt verdrängen will, ebenso. Nur lösen wir Probleme nicht, wenn uns nicht ab und jemand daran erinnert, dass wir Probleme haben. Und das Aushalten von dummen Meinungen scheint mir doch ein recht kleiner Preis für die Freiheit und eine demokratische Gesellschaft. Mit einem Glühwein geht das erst noch besser.



Min Li Marti

Gleichstellung für alle: intersektional und gesamthaft

Die Gleichstellung und das Recht, nicht diskriminiert zu werden, sind grundlegende Menschenrechte, die allen Menschen zustehen. Diese Rechte sind nicht nur in der Europäischen Menschenrechtskonvention, sondern auch in der Bundes- und Kantonsverfassung verankert. Es liegt aber auch in der Verantwortung der Stadt Zürich, sich bestmöglich für die rechtliche und vor allem tatsächliche Gleichstellung aller Menschen einzusetzen. Denn leider ist Diskriminierung nach wie vor ein grosses Problem. Laut einer Studie der Universität Zürich fühlen sich rund 20 Prozent der Schweizer Bevölkerung in unserer Gesellschaft eindeutig oder teilweise exkludiert. Auch die Ombudsstelle bestätigt, dass die Stadtzürcher Bevölkerung im Alltag von verschiedensten Formen der Diskriminierung betroffen ist. Insbesondere queerfeindliche und antisemitische Diskriminierungen nahmen in letzter Zeit leider zu. Diskriminierung, gegen wen auch immer sie gerichtet ist, ist niemals akzeptabel und gehört folglich aktiv bekämpft.

In einigen Bereichen geht die Stadt Zürich glücklicherweise seit Langem sehr proaktiv gegen Diskriminierung vor. Die Fachstelle für Gleichstellung existiert bereits seit fast 35 Jahren und setzt sich für die Gleichstellung aller Geschlechter ein. Seit der Umsetzung eines AL-Postulats aus dem Jahr 2009 setzt sie sich auch für die Gleichstellung der LGBTQ-Community in unserer Gesellschaft ein. Seit einigen Jahren gibt es zudem zwei Beauftragte, die sich für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen einsetzen. Beide Initiativen sind

lobenswert und leisten hervorragende Arbeit, die auch über die Stadtgrenzen hinaus Anerkennung findet. Leider erfassen diese bisherigen Strukturen jedoch viele Formen der Diskriminierung, wie beispielsweise Rassismus, Antisemitismus, Antimuslimismus oder Altersdiskriminierung, nicht.

Das soll sich nun ändern. Der Gemeinderat wird bald ein entsprechendes Postulat der AL behandeln und voraussichtlich auch überweisen. Diskriminierung muss zwingend ganzheitlich und intersektional bekämpft werden, und das geht logischerweise nur, wenn verschiedene Formen der Diskriminierung gemeinsam betrachtet und bekämpft werden. Dies ist entscheidend, um die Komplexität und Intersektionalität der Diskriminierung zu verstehen, mit denen Menschen in unserer Stadt konfrontiert sind. Der Gemeinderat wird deshalb eine Erweiterung der Fachstelle für Gleichstellung um weitere Diskriminierungsformen in Auftrag geben, damit diese in der Stadt Zürich zukünftig ganzheitlich und intersektional betrachtet werden können. Die Fachstelle für Gleichstellung leistet bereits hervorragende Arbeit, aber wenn wir Diskriminierung wirklich umfassend in dieser Stadt bekämpfen wollen, müssen wir diesen Schritt gehen. Es ist zwingend, dass wir Diskriminierung gesamtheitlich in den Blick nehmen. Diskriminierung ist oft intersektional, was bedeutet, dass Menschen von mehreren Diskriminierungsformen gleichzeitig betroffen sind. Zum Beispiel haben weisse Frauen in der Schweiz eine andere Lebenserfahrung als

schwarze Frauen, da letztere auch aufgrund ihrer Hautfarbe diskriminiert werden. Die Fachstelle für Gleichstellung bemüht sich zwar, solche Mehrfachdiskriminierungen zu berücksichtigen, aber ihre Expertise und Ressourcen sind dafür leider nicht ausreichend und das muss sich ändern.

Es ist jedoch sehr wichtig, dass die bisherige, hervorragende Arbeit der Fachstelle durch die Erweiterung nicht belastet oder gar infrage gestellt wird. Es ist daher für uns klar, dass die Erweiterung mit zusätzlichen Stellen und einem angemessenen Budget realisiert werden muss. Nur wenn wir Diskriminierungsformen gemeinsam denken und bekämpfen, können wir erfolgreich sein und Zürich langfristig zu einem diskriminierungsfreien Raum machen.

Der Gemeinderat kann durch die Erweiterung eine wirksame Massnahme im Kampf für dieses Ziel beschliessen. Massnahmen, von denen alle diskriminierten und marginalisierten Menschen profitieren können. Denn in Zukunft sollen Diskriminierungen genauso ganzheitlich und intersektional angegangen werden, wie sie leider immer noch in den Lebensrealitäten vieler Menschen in dieser Stadt existieren.



Moritz Bögli,
Gemeinderat AL

Die AL erhält von P.S. in der Rubrik «Meh Biss» jeden dritten Freitag im Monat eine Plattform für ihre Themen.

Cartoon by Roman Prelicz



Zwischen Solidarität und Enttäuschungen

Im Klang der Trommeln bei einer Demonstration, der dritten innerhalb einer Woche, weil so viel passiert, weil alles so wichtig ist, erlebt man nicht nur einen politischen Akt, sondern vielmehr einen Ausdruck vereinter Solidarität. Hier, umgeben von gleichgesinnten Menschen, verschwimmen persönliche Überzeugungen zu einem kollektiven Ruf nach Veränderung. Für einen kurzen Moment scheint sich die Welt nicht mehr nach rechts zu drehen. Als Gemeinschaft vieler fühlt man sich weniger allein, und als einzel:er Aktivist:in wird man Teil von etwas Grösserem.

Auf parteiinternen Wochenenden, nach Sitzungen, während gemütlichen Zusammenseins und politischen Diskussionen, begleitet von Rants über jegliche Ungerechtigkeiten der Welt, fühlt man sich verstanden und gehört. Man träumt davon, dass diese Anerkennung auch im Alltag oder im Parlament existieren könnte, wo man oft genug lächerlich gemacht wird.

Doch jenseits dieser Zufluchtsorte bleibt die politische Unruhe präsent. Nach dem Rechtsrutsch bei den Nationalratswahlen scheinen die He-

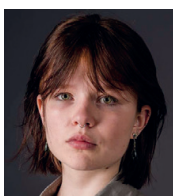
von Minderheiten, die Vernachlässigung notwendiger Massnahmen gegen die Klimakrise und prekäre Lebensumstände für die 99 Prozent, während die Reichen das System zu ihrem Vorteil steuern, drohen weiter zuzunehmen. Das Bewahren der Motivation und das kontinuierliche Wiederentfachen der Flamme, die auszubrengen droht, stellen einen täglichen Kampf dar. Ein hoffnungsvolles Aufflackern zeigt sich jedoch in den neuen Anmeldungen bei den Juso, der SP und anderen linken Organisationen. Es ist beeindruckend, dass sich so viele junge Menschen gleich nach den Wahlen gemeinsam entscheiden, «hässig» zu sein.

Es kann extrem ermüdend sein, auf der Strasse zu stehen, sei es beim Sammeln von Unterschriften, bei Aktionen oder Demonstrationen. Besonders für junge Flinta-Personen wird das Engagement oft mit Ignoranz oder gar Belästigung belohnt. Die Tatsache, dass persönliche Emotionalität abgewertet wird und ein Ungleichgewicht in der Wahrnehmung der eigenen Betroffenheit besteht, ist entmutigend. Man muss viel mehr leisten, besonders im Vergleich zu reichen, bürgerlichen cis-Männern.

Der Weg ist nicht einfach, die Kapazitäten sind nach den Wahlen erschöpft, aber der Kampf muss zweifellos weitergehen. Ständig muss ein weiterer menschenverachtender Entscheid verteidigt werden. Bald wird sich der Bundesratsentscheid zur Nichtanerkennung der Existenz von nonbinären Personen jähren, nächstes Jahr steht eine Abstimmung an, die unsere Renten erneut angreifen will. Der Weg ist nicht einfach, aber doch so notwendig. Und nein, Pausen im Aktivismus sind keine Kapitulation, sondern ein Akt der Selbstfürsorge. Wir müssen pausieren, regenerieren, ranten, um gemeinsam noch mehr, noch «hässiger» sein zu können.

Der Weg ist nicht einfach, aber doch so notwendig. Wir müssen pausieren, regenerieren, ranten, um gemeinsam noch mehr, noch «hässiger» sein zu können.

erausforderungen weiter zu wachsen. Die Einschränkungen der Rechte



Daria Semenova, Vorstandsmitglied der Juso Stadt Zürich

Schluss mit Einzelkampf

«Er hat einen Podcast, aber das machen heutzutage alle und deshalb ist das uncool.» Ich höre diese Aussage zwischen zwei jungen Menschen im Tram und ertappe mich dabei, wie ich innerlich zustimme. Doch dann frage ich mich, warum ich so gegen «alle», gegen den Mainstream bin. Wann habe ich ein begonnen, mich dadurch zu definieren, möglichst individualistisch, möglichst nicht wie die anderen zu sein?

Soziale und ökonomische Strukturen in der individualistischen Gesellschaft konditionieren den Menschen dazu, zu glauben, dass Dinge nur dann einen Wert haben, wenn es nur wenige Menschen tun oder können. Diese exklusiven Dinge und die Menschen werden gefeiert und sie haben Erfolg. Der Kapitalismus basiert und profitiert von diesem Wettbewerb. In einer kollektiven Gesellschaft wird im Gegenteil dazu all das gefeiert, was das Individuum zum grossen Ganzen beisteuert. Es wird das zelebriert, was das Kollektiv gemeinsam – und zum Wohl der gesamten Gemeinschaft erreicht. Dabei werden die individuellen Fähigkeiten und Interessen der Einzelnen durchaus gefördert und wahrgenommen, jedoch ohne dass es Verlierer:innen gibt.

Die vergangenen Wahlen machen deutlich, dass sich auch die Einwohner:innen der Schweiz als Einzelkämpfer:innen sehen. Ängste und Ungewissheit waren die Treiber in diesem Wahlkampf. Sorgen um die teurer werdenden Lebenskosten, Sorgen um Kriege und Konflikte, Sorgen um die Altersvorsorge und ums Klima. Diese Sorgen sind ernst zu nehmen und absolut berechtigt. In unserer individualistisch und kapitalistisch geprägten Gesellschaft fühlen sich die Menschen dabei jedoch oft allein verantwortlich für das Wohl ihrer/seiner selbst. Jede:r dritte Person in der Schweiz fühlt sich einsam. Einsamkeit kann zu

einem Rückzug aus der Gesellschaft führen, bisherige Ängste und Unsicherheiten werden verstärkt. Der Wunsch nach Zugehörigkeit, Beständigkeit und Sicherheit ist bei den Betroffenen gross. Einsamkeit hängt signifikant mit Verschwörungsmentalität, der Billigung politischer Gewalt und autoritären Einstellungen

Es ist an der Zeit, unsere Sichtweise zu ändern und zu erkennen, dass wahrer Erfolg durch gemeinsame Anstrengung erreicht wird.

zusammen. Rechte Parteien nutzen die Sorgen der Bevölkerung schamlos aus uns holen das Stimmvolk genau da ab. Schnell sind Schuldige gefunden und scheinbar einfache Lösungen präsentiert. Konservative Werte versprechen, die Unsicherheiten und Veränderungen in der Gesellschaft zu reduzieren, das Sicherheitsbedürfnis der Wähler:innen wird dadurch gedeckt. Doch der Schein trügt, ihre Lösungen sind weder ganzheitlich nachhaltig noch intersektionell und führen oft zu langfristigen Schäden und Instabilität.

Es ist an der Zeit, unsere Sichtweise zu ändern und zu erkennen, dass wahrer Erfolg durch gemeinsame Anstrengung erreicht wird. Nur kollektive Bemühungen können tiefgreifende Veränderung bewirken. Gemeinsam können wir eine gerechtere, nachhaltigere und mitfühlendere Welt schaffen, in der die Einzelnen nicht länger einsam isolierte Kämpfer, sondern Teile einer unterstützenden und wertschätzenden Gemeinschaft sind.



Linda Junz, Parteikoordinatorin und Mitglied der Geschäftsleitung Junge Grüne Zürich

«Wir haben regelmässig 12-Jährige mit Essstörungen in Behandlung»

Jugendliche mit psychischen Problemen sollen in Zürich innert vier Wochen einen Therapieplatz bekommen. Dafür brauche es massiv mehr Unterstützung in der Ausbildung von Fachpersonal, sagt Dagmar Pauli von der psychiatrischen Universitätsklinik Zürich im Gespräch mit Noëmi Laux. Die Verantwortung dürfe jetzt nicht auf die Kliniken abgewälzt werden.

Es kommt selten vor, dass eine Vorlage sowohl in der vorberatenden Kommission als auch im Parlament von allen Parteien einstimmig angenommen wird. Die Initiative «Gesunde Jugend Jetzt!» der Jungen Mitte ist seit 2006 erst die zweite Volksinitiative, die sowohl von der Regierung als auch vom Parlament unterstützt wird. Im Kantonsrat sprach man von einer kleinen Sensation (vgl. auch den Kantonsratsbericht im P.S. vom 10. November).

Doch hinter der aussergewöhnlichen Einigkeit stehen erschreckende Zahlen: Immer mehr Kinder und Jugendliche kämpfen mit schweren Depressionen, Angst- und Essstörungen oder anderen psychischen Problemen. Gemäss einer Unicef-Studie aus dem Jahr 2022 ist ein Drittel der 14- bis 19-Jährigen in der Schweiz und in Liechtenstein von psychischen Problemen betroffen. Andere Studien kommen zu ähnlichen Ergebnissen. Unbestritten ist, dass der Behandlungsbedarf bei psychischen Problemen zunimmt. Gleichzeitig ist der Weg bis zu einer Therapie mitunter lang: Bis zu neun Monate warten Betroffene auf einen ambulanten Therapieplatz.

Eine schnelle Behandlung für alle

Die Initiative «Gesunde Jugend jetzt!» fordert daher, dass psychische Erkrankungen bei Kindern und Jugendlichen frühzeitig erkannt und behandelt werden. Zudem soll mehr Geld für die Ausbildung von Psycholog:innen und Schulsozialarbeiter:innen gesprochen werden.

Während die Initiative im Parlament unbestritten angenommen wurde, war man sich über die konkrete Umsetzung nicht ganz einig. Die Initiative sieht vor, dass alle psychisch kranken Kinder und Jugendlichen spätestens nach vier Wochen von einer Fachperson behandelt werden. Dies sei unrealistisch und kaum umsetzbar, kritisieren SVP und Mitte und plädieren stattdessen für die Formulierung «möglichst rasche Aufnahme der Behandlung». Die Mehrheit der Gesundheitskommission schlägt der Regierung sechs Wochen vor. Zudem müsse der Fokus zusätzlich auf Präventionsmassnahmen gelegt werden, damit

es in Zukunft gar nicht erst zu einer Behandlung kommen müsse.

Während die genaue Umsetzung nun von der Regierung gestaltet wird, bleibt die Frage nach der Machbarkeit. Die Chefärztin und stellvertretende Direktorin der psychiatrischen Universitätsklinik Zürich, Dagmar Pauli, berichtet von überfüllten Notfallstationen und der Dringlichkeit, mehr Fachpersonal auszubilden. Doch dafür fehlen derzeit die öffentlichen Gelder.

Noëmi Laux: Laut der Unicef-Studie hat jeder elfte Jugendliche schon einmal versucht, sich das Leben zu nehmen. Hat sich die Situation so sehr verschlechtert oder wurde früher einfach weniger über psychische Probleme gesprochen?

Dagmar Pauli: Ich denke beides. Im Vergleich zu vor zehn Jahren empfinden Jugendliche heute mehr Stress und glauben, den Anforderungen nicht gewachsen zu sein. Aber es gab auch früher Jugendliche, denen es schlecht ging. Aufgrund mangelnder Aufklärung, die nicht zuletzt auf eine starke Stigmatisierung psychischer Erkrankungen zurückzuführen ist, blieben Jugendliche früher mit ihren Problemen häufig allein. Sie griffen eher zu harten Drogen oder wurden gewalttätig, wenn es ihnen nicht gut ging. Heute äussern sich Krisen anders, sie sind eher nach innen gerichtet. So nehme ich vermehrt schwere Depressionen, Angst- und Essstörungen wahr. Diese Phänomene lassen sich auch mit Zahlen belegen. Auffällig finde ich, dass immer jüngere Jugendliche von psychischen Problemen betroffen sind. Wir haben regelmässig 12-Jährige mit Essstörungen in Behandlung. Vor zehn Jahren war das noch die Ausnahme.

Wie erklären Sie sich diese Zunahme?

Der subjektive Druck von aussen hat zugenommen. In der Schule müssen Kinder heute mehr leisten als früher. Es werden ständig Inhalte hinzugefügt, aber nichts abgespeckt. Diese Erwartungen machen vielen zu schaffen. Auch die unsichere Weltlage, die Klimakrise und die Kriege treffen Jugendliche in einer entscheidenden Lebensphase, viele fühlen sich ohnmächtig und

überfordert. Nach innen gerichtete Störungen sind eine scheinbare Bewältigung, um all den Anforderungen von aussen zu entgehen.

Das zeigen auch Zahlen. Für einen Therapieplatz wartet man in Zürich teils bis zu neun Monate. Die Initiative «Gesunde Jugend jetzt!» fordert, dass die Aufnahme in eine Therapie innerhalb von vier Wochen erfolgen muss. Ist das überhaupt realistisch?

Mit den derzeitigen Ressourcen nicht. Innert vier Wochen einen Therapieplatz zu bekommen, ist utopisch. Unsere Notfallambulanzen sind voll,

«Innert vier Wochen einen Therapieplatz zu bekommen, ist utopisch.»

viele Praxen führen lange Wartelisten. Therapeut:innen stehen bereits heute stark unter Druck. Darum ist es wichtig, dass jetzt die Politik aktiv wird und die Umsetzung der Initiative in Angriff nimmt. Die Verantwortung darf nicht allein auf uns Therapeut:innen und Kliniken liegen.

Die Initiative wurde im Parlament angenommen, nun geht es an die Umsetzung. Wie muss diese aussehen?

Wir müssen mehr Therapeut:innen ausbilden, dazu braucht es finanzielle Unterstützung aus öffentlicher Hand. Vor allem der ambulante Bereich muss in den Kliniken stark ausgebaut werden. Ausserdem gibt es keine Regelungen, wieviele neue Patient:innen eine Praxis in einer gewissen Zeit aufnehmen muss. Das halte ich für falsch.

Psychologie gehört seit Jahren zu den beliebtesten Studienfächern. Seit 2008 hat sich die Anzahl der immatrikulierten Psychologiestudent:innen an der Uni Zürich mehr als verdoppelt. Warum sind die Engpässe in den Praxen überhaupt so gross?



«Die Politik muss aktiv werden und die Umsetzung in Angriff nehmen»: Dagmar Pauli, Chefärztin und stellvertretende Direktorin der psychiatrischen Universitätsklinik Zürich.

Längst nicht alle, die Psychologie studieren, machen nach dem Master eine Therapeut:innen-Ausbildung. Die Gründe dafür sind vielfältig. Die Zusatzausbildung ist anspruchsvoll, sie dauert je nach Schwerpunkt vier bis fünf Jahre und kostet Geld. Erst seit letztem Jahr können niedergelassene Psychotherapeut:innen ihre Leistungen selbstständig über die Grundversicherung abrechnen.

Gäbe es mehr Therapeut:innen, wenn die Ausbildung kürzer und einfacher wäre?

Das wäre der falsche Ansatz. Der Beruf ist anspruchsvoll und verantwortungsvoll. Im Studium lernt man die theoretischen Grundlagen, diese reichen jedoch nicht aus, um als Psychotherapeut:in zu arbeiten. Es braucht mehrere Jahre Erfahrung unter Supervision in der Klinik, damit man anschliessend eine selbstständige Tätigkeit in der Praxis ausführen kann. Ich fände es nicht richtig, wenn Absolvent:innen bereits mit Mitte 20 selbstständig in der Praxis Patient:innen behandeln könnten.

Es braucht also mehr Geld für die Ausbildung. Auch hier will die Initiative ansetzen. Sie sieht vor, dass massiv mehr Geld in die Ausbildung von Psycholog:innen und Schulsozialarbeiter:innen fliessen soll.

Das ist für mich der einzige Weg, der langfristig funktionieren kann. Institutionen, die Psycholog:innen weiterbilden, müssen finanzielle Unterstützung bekommen, um mehr klinische Weiterbildungen anbieten zu können. Wir benötigen aber auch mehr ausgebildete Mediziner:innen, es gibt immer noch zu wenige Ausbildungsplätze in der Schweiz und daher auch zu wenige Kinder- und Jugendpsychiater:innen.

Mehr Therapeut:innen ausbilden, das ambulante Angebot ausbauen, die Ausbildung verkürzen – das sind alles Massnahmen, die spät ansetzen. Gibt es auch präventive Ansätze?

Das ist die grosse Herausforderung. Es bräuchte zusätzliche Initiativen, die noch früher ansetzen und Kinder und Jugendliche auffangen, bevor sie in eine ernsthafte Krise geraten. Das heisst, die Eltern-Kind-Beziehung schon im Säuglingsalter stärken, psychische Störungen der Eltern frühzeitig erkennen und behandeln oder die Beratungsangebote in den Schulen ausbauen. All dies sind

«Es bräuchte zusätzliche Initiativen, die noch früher ansetzen und Kinder und Jugendliche auffangen, bevor sie in eine ernsthafte Krise geraten.»

Massnahmen, die präventiv wirken und das Risiko einer psychischen Erkrankung bei Kindern und Jugendlichen reduzieren.

Sie sprechen einen Punkt an, der auch im Zusammenhang mit der Initiative laut wurde. Kritiker:innen sagen, dass es einen verstärkten Fokus auf Prävention bräuchte, statt die klinischen und ambulanten Angebote auszubauen. Schiesst die Initiative am Ziel vorbei?

Nein, es braucht beides. Selbst wenn wir jetzt mehr in die Prävention investieren würden, also in niederschwellige Angebote an Schulen oder in die Frühberatung von Eltern, hätten wir noch mindestens zehn Jahre lang kranke Jugendliche, die lange auf einen Therapieplatz warten. Ausserdem verfolgt die Initiative auch einen präventiven Ansatz der Frühintervention. Kindern und Jugendlichen, die Hilfe brauchen, innerhalb von vier Wochen einen Therapieplatz in Aussicht zu stellen, ist sekundärpräventiv. Dies sind Massnahmen, die bei Erkrankungen in einem frühen Stadium ansetzen, um einen schweren Krankheitsverlauf zu verhindern und eine möglichst rasche Integration im Umfeld zu erreichen. Jede Form der Hilfeleistung ist wichtig. Es wäre falsch, die Massnahmen gegeneinander auszuspielen.

Die Umfragen zeigen, dass es Jugendlichen aufgrund von psychischen Krisen immer schlechter geht. Wie können wir dennoch hoffnungsvoll bleiben?

Ich verstehe, dass die aktuellen Entwicklungen Ängste auslösen können. Aber grundsätzlich blicke ich optimistisch in die Zukunft. Dass so viele Kinder und Jugendliche Hilfe suchen, hat nicht zuletzt mit einem gesellschaftlichen Wandel zu tun. Es wird mehr über psychische Erkrankungen gesprochen und sie werden weniger stigmatisiert als früher. Die Frage ist nun, wie wir dieser Entwicklung gesamtgesellschaftlich begegnen. Die Initiative «Gesunde Jugend Jetzt!» ist auf jeden Fall ein Schritt in die richtige Richtung. Auch wenn noch nicht ganz klar ist, wie sie umgesetzt werden kann.

Viel zu viel fürs Velo – oder zu langsam und zu wenig?

Laut NZZ – und laut bürgerlichen Politikern – wird in Zürich spätestens seit dem Amtsantritt von SP-Tiefbauvorsteherin Simone Brander «nur noch alles fürs Velo gemacht». Die andere Seite des politischen Spektrums sieht das naturgemäss etwas anders. Eine Spurensuche.

Nicole Soland



Auf dem Bullingerplatz teilen sich der Fuss-, Velo- und motorisierte Individualverkehr den Strassenraum. Wie sieht es diesbezüglich sonst in Zürich aus? Und macht die Stadt zu viel fürs Velo – oder zu wenig? (Bild: Sergio Scagliola)

Seit Mai 2022 ist die frühere SP-Gemeinderätin Simone Brander Stadträtin und Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements (TED). Damals machten sich einige Bürgerliche sowie die NZZ quasi auf Vorrat Sorgen: «Zürich und seine neue, radikale Verkehrs-Stadträtin: Simone Brander sollte ihr Aktivistinnen-Gewand rasch ablegen», lautete der Titel eines Kommentars im April 2022 anlässlich der Departementsverteilung. Im Wahlkampf habe die Sozialdemokratin «forsche Attacken gegen das Auto» gefahren und sei «mit absurden Klima-Ideen aufgefallen». Nun dauert es nicht mehr lange, bis Stadträtin Brander die Hälfte ihrer ersten Legislatur an der Spitze des TED

hinter sich hat. Ein guter Zeitpunkt, um rechts, links, bei der Velobby bzw. -szene und natürlich bei Simone Brander selbst nachzufragen: Ist es so schlimm herausgekommen wie befürchtet, beziehungsweise so gut wie erhofft?

Grundlagen

Fangen wir mit den Grundlagen an: «Mit der Strategie «Stadtraum und Mobilität 2040» wollen wir das Zielbild einer lebenswerten und klimaneutralen Stadt erreichen, erklärt Simone Brander. «Dafür soll der Anteil des Fuss-, Velo- und öffentlichen Verkehrs erhöht und sollen in allen Quartieren attraktive Freiräume geschaffen wer-

den.» Die Strategie resultiere aus Abstimmungen beispielsweise zur «Städteinitiative», zum «Klimaschutzziel Netto-Null» oder zur Initiative «Sichere Velorouten für Zürich». Die Stossrichtung ist also von der Stimmbevölkerung vorgegeben. Basierend auf der «Velostrategie 2030» soll sodann in Zürich ein durchgehendes, sicheres und sichtbares Netz von Velorouten entstehen, wobei der Fokus auf den Velovorzugsrouten liegt.

«Um Velofahren in der Stadt Zürich einfach und sicher zu machen, braucht es sowohl grosse Projekte wie den Velotunnel oder die Gleisquerung 4/5 als auch kleine Verbesserungen», ist Simone Brander überzeugt. «In mehreren Projekt-

auflagen wie beispielsweise für das Sihlquai, das Stauffacherquai und die Manessestrasse oder verschiedener Velovorzugsrouten sieht man, dass wir vorwärts machen. Die Umsetzung mit allen Bewilligungs- und allfälligen Rechtsverfahren braucht jedoch Zeit. Und diese Zeit wird dafür benötigt, die Anliegen der Bevölkerung aufzunehmen und darauf entsprechend zu reagieren.» Einsprachen und Einwendungen gebe es ortsunabhängig bei fast allen Projekten des Tiefbauamts, fügt sie an: «Heute werden Projekte realisiert, die häufig bereits vor sechs bis acht Jahren nach den damaligen Vorgaben geplant wurden. Projekte, über die z.B. ein Gericht entschieden hat, müssen entsprechend gebaut werden und können heute nicht einfach abgeändert werden.»

«Nur langsam»

Thomas Hug ist Verkehrsplaner und Stadtentwickler bei urbanista.ch und Kolumnist bei tsi.ch. Hier sein Input: «Es tut sich was in Sachen Velo in Zürich. Aber nur langsam und auch nicht immer in die richtige Richtung. Oft wird der Kompromiss vom Kompromiss gesucht, womit dann niemand so richtig zufrieden ist – weder die Autolobby, deren Privilegien endlich etwas infrage gestellt werden, noch die Velofahrenden, die weiterhin nur mit verbleibenden Restflächen auskommen müssen. Gerade was die Qualität der Veloinfrastruktur angeht, fehlt in der Stadt Zürich eine klare Ansage von oben. So gibt es in vielen geplanten Projekten auch heute noch deutliches Verbesserungspotenzial: Auf der Schaffhauserstrasse wird ein gefährlicher 1-Meter-Velostreifen geplant, an der Baslerstrasse stauen sich fast täglich die Autos auf der eigentlich autofreien Velovorzugsroute und an den vielbefahrenen Badener- und Kornhausstrassen sollen sogar die abgesetzten Velowege zurückgebaut werden. Berechtigterweise sind viele Menschen enttäuscht, die auf die schnelle Velowende gehofft hatten. Die äusserst aktive Veloszene in Zürich, die sich immer noch mit viel Engagement für Verbesserungen einsetzt, stimmt mich aber optimistisch, dass wir in den nächsten Jahren noch ein paar Schritte in die richtige Richtung schaffen.»

«Massive Veränderung»

Ob die Lokalpolitik die Einschätzung des Verkehrsplaners teilt? Der Verkehr ist sowohl im Stadt- wie im Gemeinderat bei mehr als einem Departement bzw. einer Kommission angesiedelt: Nebst dem Bau und der Instandhaltung von Strassen, Leitungen und Schienen, der in Simone Brander's Zuständigkeit fällt, ist beispielsweise die Dienstabteilung Verkehr, die sich unter anderem um Signalisation und Markierungen kümmert, im Sicherheitsdepartement von Karin Rykart zuhause. Im Gemeinderat kümmert sich hauptsächlich die Spezialkommission Sicherheitsdepartement/Verkehr um letzteren. Kommissionspräsident Andreas Egli (FDP) stellt im Vergleich zum früheren Amtsinhaber Richard Wolff (AL) eine «massive Veränderung» fest: «Es gibt viel mehr Massnahmen, die aber nicht immer dem Velo zu-

gute kommen, sondern vor allem zum Ziel haben, den restlichen Verkehr zu benachteiligen.» Die meisten Velorouten seien bereits aufgeleitet oder umgesetzt. Trotzdem gebe es vermehrt Mischverkehrsflächen, die sich der motorisierte Individualverkehr (MIV) und der öV teilen müssten. Zudem würden Spuren und vor allem Parkplätze abgebaut, «und dennoch ist die Velolobby nicht zufrieden». Dabei sei von Anfang an klar gewesen, dass sich nicht alle Veloschnellrouten innert zehn Jahren würden verwirklichen lassen: «Das dauert ja schon ohne Einsprachen mindestens zehn Jahre.»

Dass Simone Brander als Gemeinderätin Erwartungen geschürt habe, die sie nun nicht erfüllen könne, sei «normal». Und dass in der Stadt nach wie vor genügend Parkplätze zur Miete angeboten werden, ändere nichts daran, dass zurzeit viele Parkplätze im Freien abgebaut würden: «Das ist der ideologisch motivierte Versuch, <Züri autofrei> durch die Hintertüre einzuführen.» Besonders ärgerlich sei, sagt Andreas Egli, dass der Veloverkehr «nichts zur Gesamtverkehrsleistung beiträgt». Denn Velo werde hauptsächlich bei gu-

«Es tut sich was in Sachen Velo in Zürich. Aber nur langsam und auch nicht immer in die richtige Richtung.»

Thomas Hug, Verkehrsplaner

tem Wetter gefahren. Auch dass die Mehrheit der Stadtzürcher:innen an der Urne regelmässig für Velomassnahmen stimmt, lässt er nicht gelten: «Aufgrund der Informationen vonseiten Stadt tönt vor solchen Urnengängen alles gut. Aber wenn dann klar wird, welch grosser Parkplatzaabbau damit verbunden ist, hagelt es innert kürzester Zeit 400 Einsprachen, wie beispielsweise in meinem Wohnquartier Hönegg.»

Informiert die Stadt nur ungenügend? Simone Brander widerspricht: «Neu führen wir öffentliche Informationsveranstaltungen in den Quartieren durch, um die Bevölkerung über die geplanten Projekte für Velovorzugsrouten zu informieren und wo sinnvoll möglich, das lokale Wissen vor Ort abzuholen und in die Projekte einzubeziehen. So versuchen wir, den politischen Auftrag und das Vorgehen und die Arbeit der Verwaltung besser zu erklären.»

«So schlimm wie befürchtet»

Der Vizepräsident der Kommission, Stephan Iten (SVP), pflichtet Andreas Egli bei: Simone Brander «macht, was sie kann» – vor allem baue sie «massiv» Parkplätze ab: «An der Schaffhauserstrasse Richtung Glattbrugg werden gerade 60 Parkplätze abgebaut, wegen Velomassnahmen und Hitzeschutz. Beides ist völlig überflüssig, es hat dort genug Grün und Platz fürs Velo.» Generell sei Simone Brander in Sachen Velowege etwa im gleichen Tempo unterwegs wie ihr Vorgänger, findet

er: «Aber den Parkplatzaabbau spürt man schon, und es werden auch vermehrt Spuren abgebaut, an der Löwenstrasse beispielsweise oder beim Bucheggplatz, wo in einem Pilotversuch eine Spur aufgehoben werden soll.» Sein Fazit lautet denn auch, seit dem Amtsantritt von Simone Brander sei es in Sachen Verkehr «so schlimm wie befürchtet».

«Die Strassen der Velovorzugsrouten sind derzeit stark durch Parkplätze geprägt, die den Strassenraum einengen», sagt Simone Brander. «Daraus ergibt sich eine potenzielle Gefahr durch sich öffnende Autotüren, was im Allgemeinen als «Doo-ring»-Unfall bezeichnet wird. Weiter soll auf einer Velovorzugsroute das Kreuzen von je zwei Velos möglich sein. Oberstes Ziel ist ein sicheres und einfaches Vorwärtskommen der Velofahrenden.» Ob Parkplätze erhalten würden, ergebe sich aus diversen Faktoren, die situativ bei den jeweiligen Projekten angeschaut würden: «Ein entscheidender Faktor ist der Platz und die aus ihm resultierende Sicherheit. Ist die erforderliche Strassenbreite nicht gegeben, werden die Parkplätze auf einer Strasse aufgehoben. Hat es aber genügend Platz, um Parkplätze in der Blauen Zone zu erhalten, so werden diese in Etappe 1 der Realisierung der Velovorzugsrouten in Fahrtrichtung angebracht, so dass seitwärts parkiert werden muss. Senkrecht-parkierung soll aus Sicherheitsgründen vermieden werden. Weiter werden Güterumschlagfelder für das Gewerbe realisiert.»

Was ist eine Velovorzugsroute?

«Die Velovorzugsrouten umfassen ein Netz von rund 130 Kilometern. Mindestens 50 Kilometer davon werden im Sinne der Initiative «Sichere Velorouten für Zürich», also grundsätzlich frei vom Autoverkehr, umgesetzt», erklärt Simone Brander. «Damit die Velovorzugsrouten auf der Strasse möglichst rasch sichtbar werden, werden sie üblicherweise in drei Etappen umgesetzt», führt sie weiter aus. Der Reihe nach: In Etappe 1 werden ausserhalb von Strassenbauprojekten rasch umsetzbare Massnahmen mit Markierungen und Signalisation auf der Velovorzugsroute selbst umgesetzt. In Etappe 2 werden auf der Strecke der Velovorzugsroute Standardprojekte mit Massnahmen wie der Aufhebung von Fahrbeziehungen oder der Änderung des Verkehrsregimes (z. B. Einbahnstrassen) umgesetzt. In Etappe 3 werden Strassenbauprojekte mit Vorstudien mit Umbauten, Bäumen und der Aufhebung von Fahrbeziehungen realisiert. «Diese können auch einen grösseren Perimeter als die Velovorzugsroute selbst betreffen, wenn zum Beispiel der Verkehr in einem ganzen Quartier neuorganisiert werden muss», fügt sie an. Nach der Umsetzung wird mit einer Wirkungskontrolle und einem Monitoring erhoben, ob die Velovorzugsrouten-Strecke das Kriterium «grundsätzlich autofrei» erfüllt: «Falls dem nicht so ist, werden weitere Massnahmen umgesetzt. Auf der Baslerstrasse wurden bisher Etappe 1 und 2 umgesetzt – Etappe 3 sowie ein Monitoring stehen also noch aus.» Das heisst im Klartext: «Auf die Fragen, ob die Baslerstrasse das Kriterium «grundsätzlich

autofrei erfüllen wird bzw. zu den 50 km gemäss Initiative gezählt werden könnte, können heute noch keine Antworten geben werden.»

«Deutlich bessere Projekte»

Das Urteil von Kommissionsmitglied Heidi Egger (SP) fällt anders aus als das von Kommissionspräsident und -vize: Seit Simone Brander dem TED vorstehe, habe sich einiges geändert, nicht nur in Sachen Velo, sondern auch, wenn es um den Klimaschutz gehe. Doch bei den Velomassnahmen sei die Umsetzung generell schwierig, vieles werde durch Rekurse blockiert. «Auf der Velovorzugsroute auf der Baslerstrasse bin ich schon geradelt, das war sehr angenehm», erinnert sie sich. Allerdings sei sie nicht frühmorgens oder nachmittags um 17 Uhr unterwegs gewesen. Dass es nicht so rasch vorwärtsgehe mit den Velomassnahmen wie gewünscht, würden ältere Menschen wohl gelassener nehmen als jüngere, vermutet sie. Sie lässt sich jedenfalls nicht aus der Ruhe bringen: Eine Motion, die sie miteingereicht hat und die zurzeit in der Kommission behandelt wird, verlangt die Umsetzung der Velohauptroute vom Bahnhof Oerlikon bis zum Seebacherplatz «gemäss Qualitätsstandard A des Masterplans Velo»: Die Motion stammt aus dem Jahr 2019, und unterdessen, genauer im Frühling 2021, wurde der Masterplan durch die «Velostrategie 2030» abgelöst. Der Bericht des Stadtrats zur Motion, der sich auf der Webseite des Gemeinderats nachlesen lässt, läuft darauf hinaus, dass sich auf der Route in Oerlikon/Seebach nicht viel mehr fürs Velo machen lässt, als bereits umgesetzt ist. Wegen des Kommissionsgeheimnisses kann Heidi Egger dazu nicht Stellung nehmen.

Markus Knauss ist Co-Geschäftsleiter des VCS Zürich und politisiert seit 25 Jahren für die Grünen im Zürcher Gemeinderat. Aus seiner Sicht sind die neuen Strassenbauprojekte bezüglich Velomassnahmen und Grünraum «deutlich besser». Er gibt aber auch zu bedenken, dass die Planung bei einigen davon noch unter Richard Wolff angefangen hat. Weniger gut findet er, dass das Tiefbauamt «zu wenig flexibel für neuere Entwicklungen» sei: «Es ist offensichtlich tabu, ein Projekt zu stoppen und nachzurüsten oder neu aufzugleisen – auch wenn sich alle einig sind, dass es nicht gut ist.» Er überreichte Simone Brander an einer Gemeinderatssitzung schon mal einen Pflasterstein, um sie darauf hinzuweisen, wovon sie künftig weniger brauchen solle: «Damals ging es um die Umgestaltung der Martastrasse», erinnert sich Markus Knauss. «Im Zuge der Neugestaltung ging die versiegelte Fläche von 2500 Quadratmetern auf 2470 Quadratmeter zurück...» Das Problem in solchen Fällen sei, dass die Planung oft bereits zehn oder mehr Jahre zurückliegt, wenn die Bagger auffahren. Immerhin sei Simone Brander «zugänglich» und hört zu, was einen grossen Vorteil darstelle, fügt er an.

Es sei keineswegs «tabu», Projekte zu stoppen, entgegnet Simone Brander: «Selbstverständlich habe ich entweder selbst Projekte im Tiefbauamt gestoppt oder das Tiefbauamt hat von sich aus

die Projekte nochmals in Überarbeitung gegeben, um die neuen Vorgaben bezüglich Velo- und Fussverkehrsförderung, Aufenthalt, Hitze-minderung und Umverteilung der Strassenfläche besser oder überhaupt zu berücksichtigen. Diese Arbeit ist von aussen in den wenigsten Fällen sichtbar, da sich die Projekte noch intern in der Planung befinden.»

«Rückzugskampf»

AL-Gemeinderat Michael Schmid gibt zu bedenken, der grösste Teil des Strassenraums sei «nach wie vor dem Auto vorbehalten». Aussagen wie jene, es werde in Zürich nur noch «alles fürs Velo» gemacht, interpretiert er als «Rückzugskampf von privilegierten, aufs Auto fokussierten Menschen». Immerhin spreche sich die Bevölkerung in Zürich seit 50 Jahren für eine andere Aufteilung des Raums aus. Was die stadträtliche Politik betrifft, schickt er voraus, es sei aus der Ferne schwierig zu beurteilen, was Simone Brander mache und was die Verwaltung. Doch seit der Zeit, als Richard Wolff Tiefbauvorsteher war, und jetzt auch unter Simone Brander spüre man, «dass die Verwaltung sich bewusst ist, was von ihr erwartet wird». Was jetzt neu geplant werde, sei besser als frühere Projekte – «aber das Tiefbauamt ist ein Supertanker, und zudem gilt es viele Vorhaben auch mit der Dienstabteilung Verkehr und besonders neuralgische Punkte mit dem Kanton abzusprechen». Generell findet Michael Schmid, Aussagen wie die, dass man die Velofahrer:innen verhätschle, lenkten davon ab, dass Velovorzugsrouten entgegen des Eintrags in der Gemeindeordnung nicht vom Autoverkehr befreit seien. Und die Umsetzung von Elementen aus dem Verkehrsrichtplan wie etwa der Quartierblöcke werde noch nicht einmal thematisiert. Der Stadtrat habe zudem die Motion seiner Fraktion, die am 25. Oktober im Rat behandelt wurde, zur Ablehnung empfohlen: Die Forderung lautete, bei Neubauten sollten auch ohne Mobilitätskonzept und Grundbucheintrag weniger Parkplätze erstellt werden können, als gemäss Parkplatzverordnung nötig sind. Der Rat überwies die geänderte Motion trotzdem (siehe P.S. vom 27. Oktober). Michael Schmid erinnert weiter daran, dass die Baumkronenfläche in der Stadt zurückgeht, obwohl der Wille, Bäume zu erhalten, durchaus vorhanden sei. Es sei nicht nur unabdingbar, dass im öffentlichen Raum mehr Bäume gepflanzt würden, sondern es gelte auch die Privaten in die Pflicht zu nehmen: «Über Tiefgaragen gedeihen grosse Bäume nun mal nicht.» Seinen Wunsch ans TED verrät er zum Schluss: «Es sollte sich öfters mit dem Kanton anlegen.»

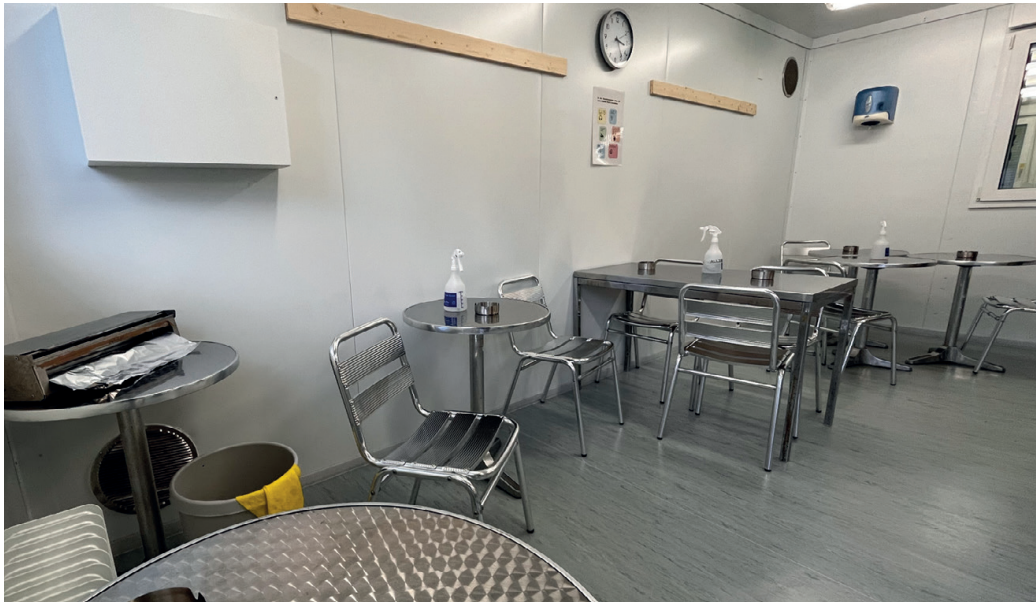


Viel Platz an der Baslerstrasse – aber oft bleibt für das Fahrrad nur Restfläche auf der Strasse übrig. (Bild: Nicole Soland)

«Mehr erwartet»

Yvonne Ehrensberger, Geschäftsleiterin von Pro Velo Kanton Zürich, hat den Eindruck, dass «in Sachen Velo mehr geht als auch schon». Doch die «grossen Würfe» blieben noch aus, insbesondere bezüglich der Priorisierung des Velos bei grossen Bauprojekten. Auch sie sieht Potenzial im Umgang mit dem Kanton: «Kommt es zu Konflikten, dann bewegt sich die Stadt zwar einen Schritt vorwärts, aber auch sogleich einen halben zurück.» Was die Sichtbarkeit von Massnahmen fürs Velo betrifft, ist sie eher enttäuscht, sie hatte sich mehr erhofft: «Wenn jetzt schon klar ist, dass die Velovorzugsrouten nicht bis 2030 zu schaffen sind, dann entspricht das nicht dem, was die städtische Bevölkerung gefordert hat. Dies insbesondere, weil die Voraussetzungen doch gut wären – immerhin gewinnen wir in der Stadt Zürich jede Abstimmung für Velomassnahmen.» Gerade bei den Velovorzugsrouten stelle sich zudem die Frage, ob die Stadt beispielsweise mit Höngg und Wollishofen am richtigen Ort angefangen habe, anstatt genügend früh die herausfordernden Knoten anzugehen. In Sachen Veloabstellplätze hingegen sehe es besser aus als auch schon, fügt sie an. Generell fragt sie sich aber schon, «was es denn noch braucht: Jetzt ist es Zeit, endlich zu machen!», findet sie – nicht nur, weil die Velofahrer:innen schon lange genug gewartet hätten, sondern auch im Hinblick auf das städtische Netto-Null-Ziel.

Die Velovorzugsroute Höngg sei nicht die erste Route gewesen, merkt Simone Brander an: So sei zum Beispiel im Herbst 2020 Etappe 1 der Velovorzugsroute auf der Baslerstrasse umgesetzt worden. «Die Verkehrsvorschriften für die Velovorzugsroute von der Stadtgrenze bis zum Stadelhoferplatz auf der Mühlebachstrasse und der Zollikerstrasse wurden im Januar 2021 publiziert. Die Velovorzugsroute Höngg wurde im Juni 2022 publiziert und öffentlich aufgelegt – gleichzeitig mit den Velovorzugsrouten in Schwamendingen (Bahnhof Stettbach bis zum Schwamendingerplatz) und der Velovorzugsrouten Affoltern bis Oerlikon.» Gegen alle drei wurden Rechtsmittel ergriffen.



Der Inhalationsraum der neuen Kontakt- und Anlaufstelle. (Bild: Sergio Scagliola)

Provisorium eröffnet

Die Stadt Zürich hat gestern Donnerstag die neue provisorische Kontakt- und Anlaufstelle auf der Kasernenwiese eröffnet und lud vorab am Mittwochnachmittag zum Medienrundgang ein.

Infolge der letztjährigen Schliessung der Kontakt- und Anlaufstelle für Drogenkonsumierende bei der alten Kaserne und vermehrten Berichten aus Quartierbevölkerung und Medien über offenen Drogenkonsum etwa auf der Bäckeranlage kündigte die Stadt am 21. September die Eröffnung einer provisorischen Kontakt- und Anlaufstelle (K&A) an fast demselben Standort wie dem ehemaligen an. Das Provisorium steht nun – Stadtrat Raphael Golta und Florian Meyer, Abteilungsleiter der Sozialen Einrichtungen und Betriebe (SEB), machten mit der versammelten Medienschar am Mittwochnachmittag einen Rundgang, bevor das Provisorium gestern Donnerstag in Betrieb genommen wurde. Dank des Sichtschutzes fällt die neue K&A auf dem stets belebten Kasernenareal gar nicht so stark auf – was den Drogenkonsument:innen, die dort einkehren müssen, hoffentlich zugute kommt. Ein Mini-Containerdorf, mehr ein Platz mit drumherum platzierten einzelnen Räumen, bietet bereits räumlich ein wenig Rückzug und wirkt gleichzeitig von innen grösser, als es eigentlich ist. Der Hauptplatz grenzt auf der Eingangsseite an kleinere Besprechungszimmer und an den Personalraum, auf Kasernenseite an die Toiletten und Waschräume, in Richtung Zeughaus steht ein vorne offenes, aber überdachtes Festzelt mit einem Tischfussballtisch darin und geradeaus das «Hauptgebäude»: die Ruhe-, Inha-

lations- und Injektionsräume, eine kleine Küche in einer Stube mit Internetzugang, Tischen und Sofas – und viel Material, das für den Konsum gebraucht wird: Saubere Injektionsspritzen oder auch ein Alufolienspender im Inhalationsraum. Viel ist es nicht, aber das Ziel ist auch nicht, einen Ort der Einkehr zu schaffen, wo man sich über lange Zeit aufhält. Der Entscheid über die Anzahl Plätze sei dabei immer auch eine Gratwanderung, hiess es am Mittwoch: Zu viele Plätze seien möglicherweise konsumanregend – zu wenige hätten längere Wartezeiten und damit die erneute Verschiebung in den öffentlichen Raum zur Folge. Die Stadt rechnet zwar damit, dass es einen Teil der «Szene» geben wird, die sich den ganzen Tag im Provisorium aufhält, aber grundsätzlich klingt das Prinzip eher nach: Man bleibt so lang wie nötig – teils wohl auch so lang, wie das High anhält. Insbesondere Drogen mit kurzer Wirkungsdauer dürften hier konsumiert werden wie etwa Crack oder Freebase, beides Drogen auf Kokainbasis, die im Fall von Crack etwa zehn Minuten, im Fall von Freebase etwa zwei bis drei Minuten berauschen. Was konsumiert wird, wurde im Provisorium auch mitgedacht – der Inhalationsraum soll als Drehscheibe funktionieren, wo man sich nicht länger als eine halbe Stunde aufhält und den Raum dann gegen Stube, Ruhezimmer oder Aussenbereich verlässt, sodass andere Konsument:innen sich an den Tischen niederlassen können, bevor man allenfalls den Raum einige Zeit später wieder zum Konsum betritt. Was die Stadt mit dem Provisorium genau bezwecken will, liess SEB-Verantwortlicher Florian Meyer verlauten: Man brauche ein funktionierendes System, damit die Szene gut betreut werden kann. Ob das System der Stadt Zürich funktioniert, wird sich zeigen, mit einer neuen K&A gewinnt es zumindest wieder mehr Kapazität zur Betreuung und Versorgung. *sca.*

DIZ-Teststelle an der Langstrasse

Expansion in den Kreis 4 des Drogeninformationszentrums: Neu können Drogen auch an der Langstrasse getestet werden.

Sergio Scagliola

Seit vergangenem Samstag können Drogenkonsument:innen ihre Substanzen auch «auf der Gasse» auf Reinheit, Inhaltsstoffe und Wirkstoffstärke prüfen lassen. Mitten im Ausgangsquartier hat das Drogeninformationszentrum DIZ ein zweites Drug-Checking-Angebot an der Langstrasse 14 eröffnet. Ein Novum – sogar international – sei die Möglichkeit, Substanzen «mitten im Nachtleben» testen zu können, heisst es in einer Medienmitteilung des Zürcher Sozialdepartements vom 9. November. Das Angebot (inklusive eines obligatorischen Beratungsgesprächs) kann immer am Samstagabend zwischen 19 Uhr abends und ein Uhr nachts in Anspruch genommen werden – für einen Drug-Checking-Termin anmelden kann man sich jeweils ab Freitag, 19 Uhr via saferparty.ch, einer vom DIZ betriebenen Website, die über Sicherheit beim Drogenkonsum informiert und beispielsweise auch vor besonders stark dosierten Pillen-Chargen warnt, die im Umlauf sind. Pro Nacht können an der Langstrasse bis zu 30 Proben getestet werden – das Angebot ist anonym und kostenlos.

Das Drug-Checking ist ein Ableger eines ähnlichen Angebots des DIZ, das schon lange Proben im «Hauptquartier» beim Dynamo testet – an zwei Tagen in der Woche, am Dienstag- und Freitagabend, wo pro Woche 45 Proben getestet werden können. Auf Nachfrage beim DIZ heisst es, dass dieses Testkontingent eigentlich jede Woche ausgeschöpft wird, und auch am neuen Standort an der Langstrasse sind bereits am ersten Wochenende 28 Proben getestet worden. Der Aussenposten an der Langstrasse geht auf ein Postulat im Gemeinderat zurück, das im November 2020 von Marcel Müller (FDP) und Marco Geissbühler (SP) eingereicht wurde – es forderte, die Öffnungszeiten des Drug-Checking-Angebots auf die städtischen «Ausgangs-Rush-Hours» auszuweiten. Der Ausbau ist nun also vollzogen, aber noch nicht abgeschlossen: In einem Jahr soll das Angebot auf Freitagnacht ausgeweitet werden, heisst es in der Medienmitteilung der Stadt weiter. Interessant wird sein, ob sich die Eröffnung eines neuen Drug-Checking-Angebots mitten im Ausgangsquartier auf die Frequenz der Substanzwarnungen auswirkt, wie sie das DIZ bereits heute anhand der getesteten Proben auf saferparty.ch publiziert – mit dem neuen Standort verschiebt sich auch die Klientel.

«Ich glaube an die Macht der Sprache»

Der Naturwissenschaftler Ion Karagounis legt seinen ersten Roman vor, in dem er dramaturgisch unser Erbe der Erde gegenüber hinterfragt und sich überzeugt von der Kraft der Sprache zeigt.

Urs Heinz Aerni

Sie engagieren sich auf der Basis Ihres Studiums der Naturwissenschaften nicht nur für Fragen der Umwelt und des Klimawandels, Sie schreiben auch Reisereportagen. Was macht denn das Schreiben mit Ihnen?

Ion Karagounis: Meist amüsiere ich mich beim Schreiben. Es entsteht eine innere Vergnügtheit, die ich genieße und mit mir alleine teilen kann. Und ich kann meiner Fantasie freien Lauf lassen, was bei Sachtexten weniger der Fall ist, bei denen Exaktheit und Verständlichkeit im Vordergrund stehen. Selbstverständlich, auch bei einer Reise-reportage ist man dem verpflichtet, was man erlebt hat – trotzdem besteht ein grosser Spielraum dabei, wie man das sprachlich umsetzt.

Wie würden Sie Ihre Lust am Schreiben beschreiben?

Ich liebe es, lose Enden zusammenzuführen und überraschende Übergänge zu gestalten, Zusammenhänge herzustellen, wo auf den ersten Blick keine existieren, wie beispielsweise zwischen den Gartenzwerge und dem Klimawandel in meinem neuen Roman.

... eine interessante Assoziation...

Manche Zusammenhänge mögen vielleicht etwas konstruiert daherkommen, aber sie regen zum Nachdenken an.

Ihr Roman umkreist die vier Brüder, Softwareunternehmer, ein Häusermakler, ein Schriftsteller und ein Klimaforscher. Sie müssen sich entscheiden, wer welche Firma übernehmen soll. Was war die Initialzündung für ein solches Setting?

Zu Beginn stand die Idee für eine Erzählung, in der sich die Protagonisten über aktuelle gesellschaftliche Fragen streiten, hauptsächlich die Klimakrise und ihre Folgen für uns Menschen. Dabei war jedoch die Gefahr gross, dass das zu einer abstrakten, blutleeren Angelegenheit werden könnte. Dem wollte ich einen Mikrokosmos gegenüberstellen, in dem sich die vier über etwas in die Haare geraten, was sie persönlich betrifft

und das ihnen nahegeht. Auf die Erbstreitigkeiten kam ich wohl, weil ich in einem Alter bin, in dem meine Freunde und ich selbst mit Erbfragen konfrontiert werden.

Trotz einer flüssig zu lesenden Sprache brachten Sie vielen Fakten zu verschiedensten Themen ein. Wie gross war denn der Aufwand für die Recherchen?

Am meisten Zeit aufgewendet habe ich für die Passagen rund um die psychischen Krankheiten und ihre Behandlungsmöglichkeiten. Die habe ich auch durch zwei Experten geglesen lassen. Mit den übrigen Themen komme ich beruflich immer wieder in Berührung und habe bereits viel Hintergrundwissen. Hier ging es eher um das Bestätigen von Informationen, was heute dank Internet schnell geht.

Sie packen interessantes Wissen in den Roman. Ich denke zum Beispiel an die klimabedingte Notumsiedlung von 650 Millionen Menschen. Was reizte Sie, solche Informationen in Form von Belletristik zu verpacken?

«Ich lebe in einer Berufswelt, in der es ständig um Fakten und Zahlen geht und in der man sich gerne in den Details verliert. Doch was davon ist wirklich wichtig, um die grossen Zusammenhänge zu sehen?»

Ion Karagounis

Ich lebe in einer Berufswelt, in der es ständig um Fakten und Zahlen geht und in der man sich gerne in den Details verliert. Doch was davon ist



Vom Naturwissenschaftler zum Romanautor: Ion Karagounis. (Bild: zVg).

wirklich wichtig, um die grossen Zusammenhänge zu sehen? Meistens sind es nur einige wenige Dinge, wie eben die Tatsache, dass mehrere hundert Millionen Menschen ihr Zuhause verlieren könnten wegen des Klimawandels. Wir tun uns schwer mit den ein bis zwei Millionen Menschen, die jährlich nach Europa kommen – wie soll das gehen mit der zehn- oder gar hundertfachen Menge?

Und inwiefern hilft die literarische Gattung des Romans?

Belletristik erlaubt es, diese grotesk hohe Zahl auf unterhaltsame und beiläufige Art und Weise in den Erzählfluss einzustreuen. Sie wird aber eher hängen bleiben als in einem nüchternen Sachtext, der überquillt vor Informationen.

In dieser literarischen Auseinandersetzung agieren Sie mit viel und schnellen Dialogen. Wie dürfen wir uns die Ausgestaltung der Charaktere vorstellen, also die Entwicklung der Protagonisten?

Bei den komplexen gesellschaftlichen Fragen, die uns heute umtreiben, gibt es ja keine eindeutig richtigen oder eindeutig falschen Antworten. Ich

habe versucht, den einzelnen Charakteren eine Meinung zuzuschreiben und dadurch im Dialog zwischen den Brüdern auch die anderen Sichtweisen einzubringen.

Oft ist zu lesen oder zu hören, dass zwischen Autorenschaft und der eigenen Figuren besondere Beziehungen entstehen. Wie war das bei Ihnen?

Inhaltlich steht mir Denis, der Klimawissenschaftler, sicher am nächsten.

Ist nachvollziehbar ...

Doch ich habe ihn bewusst unsympathisch gestaltet, weil es in meinem Roman nicht gute und böse Figuren geben sollte. Auch der sphinxhafte Max liegt mir am Herzen, weil ich Ironie und Sarkasmus liebe, wenn sie situationsgerecht eingesetzt werden. Selbst den Positionen von Herbert, dem etwas stereotyp dargestellten Manager, kann ich einiges abgewinnen, da ich selbst über lange Zeit in Führungspositionen gearbeitet habe.

Ob Künstliche Intelligenz, Freikirche und Islam, LSD oder massloser Konsum, Sie streifen diese und viele andere aktuelle Fragen in ihrem Roman, was ihn trotz Süffigkeit der Sprache dicht an Stoff macht. Wie gross ist ihr Glaube an die Macht der Literatur?

Sehr gross – wobei ich das nicht auf Literatur beschränken würde, sondern auf Sprache und Kommunikation generell, sei es in einem Roman, in einem Sachtext, einer juristischen Abhandlung

oder auch in gesprochener Form. Wer Sprache beherrscht, leichtfüssig mit ihr umgehen und sie zielgerichtet einsetzen kann, der geniesst unendlich viele Vorteile im Alltag und kann damit Macht über andere gewinnen.

In Ihrem Roman las ich den Satz einer Figur: «Heute profitieren hauptsächlich jene vom Wachstum, die ohnehin schon viel haben.» Vom Glauben an die Literatur zum Glauben an die Menschheit: Hand aufs Herz, wie rosig sehen Sie unsere Zukunft?

Unsere Zukunft wird mit grosser Wahrscheinlichkeit ein tieferes materielles Wohlstandsniveau mit sich bringen, als wir es heute kennen. Aber das muss nicht schlecht sein. Wir Menschen neigen dazu, ausgehend von dem, was wir heute kennen und lieben, auf ein wünschenswertes Morgen zu schliessen. Vielleicht aber werden die Menschen in ein paar Jahrhunderten nur ein mitleidiges Lächeln für unser heutiges Dasein übrighaben. Schaut mal, wie armselig das früher war, werden sie sich denken, die haben im Hamsterrad gedreht und vor lauter Gier nach immer mehr alles zerstört. Nach der Aufklärung, der industriellen Revolution und der neoliberalen Periode haben wir heute zu einer gesunden Balance zwischen Haben und Sein gefunden.

Zum Schluss: Was wünschen Sie den Lesenden, die Ihr Buch in den Händen halten?



Bei aller Schwere, die die Aktualität mit sich bringt, und die auch Teil meines Buches ist: einige vergnügliche Stunden und das eine oder andere Aha-Erlebnis.

Ion Karagounis: **Was wir hinterlassen**. Edition 381, 2023, 184 Seiten, 27 Franken.

ZUR PERSON

Ion Karagounis, 1964 geboren, ist schweizerisch-griechischer Doppelbürger und lebt in Schaffhausen. Er hat Naturwissenschaften studiert, sich in Unternehmensführung und Journalismus weitergebildet und ist heute beim WWF Schweiz verantwortlich für Zukunftsfragen und neue Wirtschaftsmodelle. Zudem schreibt er regelmäßig für Schweizer Zeitungen und Zeitschriften, so für die NZZ oder «Das Magazin». In seinen Texten sucht er Antworten auf ökonomische, ökologische und psychologische Fragen: Wie lösen wir den Widerspruch zwischen einer Wirtschaft, die auf stetes Wachstum angewiesen ist, und den natürlichen Ressourcen, die klare Grenzen vorgeben? Wie können wir die Menschen für den Wandel gewinnen und wie bleiben wir zuversichtlich in einer Zeit, in der auf eine Katastrophe die nächste zu folgen scheint?

Bericht zum Tiefenlager

Die Kantonsrät:innen Wilma Willi (Grüne, Stadel), Sibylle Jütner (SP, Andelfingen), und Thomas Forrer (Grüne, Erlenbach) hatten den Regierungsrat mit ihrem dringlichen Postulat betreffend «Tiefenlager für radioaktive Abfälle: Unabhängige wissenschaftliche Begleitung zur Gewährleistung der Sicherheit und zur Unterstützung der Bevölkerung» gebeten, «in einem Bericht darzulegen, wie die wissenschaftliche Begleitung des Sachplans geologisches Tiefenlager gestärkt werden kann» (siehe auch P.S. vom 2. September 2022). Nach der Überweisung des dringlichen Postulats galt es im Dezember in der Budgetdebatte, das zu dessen Umsetzung nötige Geld zu bewilligen, was ebenfalls gelang (siehe auch P.S. vom 10. Februar). Letzte Woche nun teilte die Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt (KEVU) mit, dass sie dem Kantonsrat einstimmig beantragt, das dringliche Postulat als erledigt abzuschreiben.

Vergleichbare Arbeitsgruppe geplant

Die KEVU schreibt in ihrer Mitteilung, der Regierungsrat sollte gemäss Postulat darlegen, wie die wissenschaftliche Begleitung des Sachplans geologisches Tiefenlager gestärkt werden kann. Wilma Willi hatte unter anderem

gefordert, die Arbeits- und Expertengruppen «unabhängiger und internationaler» zusammenzusetzen sowie zu prüfen, wie die Gemeinden unterstützt werden könnten. Der Regierungsrat weist in seinem Bericht darauf hin, dass es sich beim Rahmenbewilligungsverfahren für das Tiefenlager um ein Bundesverfahren handelt: Für die sicherheitstechnische Überprüfung sei das Eidgenössische Nuklearsicherheitsinspektorat zuständig. «Gleichwohl wird das Bewilligungsgesuch bezüglich Sicherheit mehrfach durch nationale und internationale Institutionen beurteilt. Auf Stufe Kantone sind die Arbeitsgruppe Sicherheit Kantone und die Kantonale Expertengruppe Sicherheit involviert. Sie sind vergleichbar mit anderen unabhängigen Expertengruppen und fachlich breit mit international anerkannten, unabhängigen Fachleuten besetzt», heisst es in der Mitteilung der Kommission. Um über das Rahmenbewilligungsverfahren hinaus die kritische Beurteilung sicherheitsrelevanter Fragen zu gewährleisten, sei die Fortführung einer vergleichbaren Arbeitsgruppe unter der Leitung des Kantons Zürich geplant. Des Weiteren unterstütze der Kanton die Standortregionen und insbesondere die Standortgemeinden bei den derzeitigen Abgeltungsverhandlungen: «Die kantonalen Fachleute sind bei Fragen und Anlie-

gen der Gemeinden direkt erreichbar. Die Kommission beurteilt deshalb das Postulatsanliegen als erfüllt.» *nic.*

Reklame

steuern-meili.ch

Steuerberatung
Steuererklärungen
Steuerrecht
Testament & Erbe
Vorsorgeauftrag

persönlich & kompetent

info@steuern-meili.ch +41 44 201 09 31
Mutschellenstrasse 46 8002 Zürich

Wie gegen Gewerkschaften agiert wird – eine Recherche

Samstag, 18. November

8.30 SWR: «**Knast, und dann?**» Franziska Hochwald zu Wegen aus der Jugendkriminalität. Jugenddelinquenz sei meist eine vorübergehende Erscheinung. Doch zur erfolgreichen Resozialisierung wäre die Spirale von Kriminalität und Strafe zu durchbrechen.

10.00 DLF: «**Klassik, Pop et cetera.**» Heute mit Theresia Enzensberger, Schriftstellerin.

11.00 DLF: «**Wiener Wasser.**» Alles fließt – trotz Klimakrise? Antonia Kreppel in der Reihe Gesichter Europas. Während in anderen Grossstädten das Wasser knapp wird, hat Wien offenbar keinen solchen Notstand zu befürchten. Denn da fließt reinstes Quellwasser aus den österreichischen Kalkalpen über Hochquellenleitungen klimaneutral in freiem Gefälle zu allen Haushalten – seit genau 150 Jahren. Ebenso lang sind die Quellenschutzgebiete im Eigentum der Stadt und werden geschützt. Dass das kostbare Nass privatisiert wird, ist nicht zu befürchten: Wien ist wohl die einzige Stadt der Welt, die ihr Trinkwasser mit einer Verfassung, der Wiener Wassercharta, geschützt hat.

17.00 SWR: «**Zeitgenossen.**» Julian Rosefeldt, Filmkünstler. Stichworte zum Werk aus der Vorschau: «Manifest der Dadaisten» als Grabrede, «American Night» mit rechten Männern am Lagerfeuer, «Euphoria» zur Konsumier des Kapitalismus, die ein Tiger kommentiert.

19.00 SWR: «**Geschlossene Gesellschaft.**» ARD-Radio-Tatort von Simone Buchholz. Eine kleine Spezialeinheit der Staatsanwaltschaft von Verden an der Aller soll sich um den Extremismus in Niedersachsen kümmern...

20.00 SRF 2: «**Populist Radio.**» Hörspiel von Stefano Giannotti. Aus dem Italienischen von Annalisa Pace. Mit einem Augenzwinkern ergründe der Klangkünstler die Soundwelt des Populismus. Fake News, krude Verschwörungstheorien, irre Aufreger, einfache Lösungen. Gesendet wird, was spektakulär daher kommt. Nicht der Inhalt zählt, sondern die maximal zuge-spitzte Form und jede Aussage kann auch ihr Gegenteil bedeuten. «Giannotti horcht tief hinein in die Abgründe des Mediums Radio.» Und beim DLF ist die zweite Hälfte des Hörspiel über «Die Konferenz der Flüsse» zu hören.

21.00 SRF 2: «**Üben üben.**» Cécile Olshausen im Gespräch mit der Schlagzeugin Louisa Marxen.

22.00 DLF: «**Retterin, Nutziesserin, Anklägerin.**» Frauen in deutschen Nachkriegsopern. Ingo Dorfmueller berichtet vom Forum neuer Musik 2023. Parallel bei SWR 2 von Konrad Bott in der Jazztime: «Digging the Deep South.» Original Blues abseits des Rampenlichts. Danach folgt hier bis Mitternacht: «Das Hörspiel vom Hörspiel.»

23.00 DLF: «**Alpenglühn statt Grossstadtlärm.**» Eine Lange Nacht über Das Blaue Land – gestaltet von Susanne Luerweg und Sabine Oelze. Franz Marc taufte

die südlich von München gelegenen oberbayerischen Orte Kochel und Murnau einst «Blaues Land» – wegen des besonderen Lichts in den Abendstunden. Später erfand er mit Wassily Kandinsky den «Blauen Reiter» für ihre Künstlerbewegung, die sich 1911 gründete. Viele habe dort die Vielfalt der Landschaft befeuert, ja «geradezu in einen Malrausch versetzt». Komponisten und Dramatiker stiessen dazu. Ödön von Horváth, der zwischen 1924 und dem durch die Nazis erzwungenen Weggang vor allem in Murnau lebte, schrieb dort Stücke wie «Zur schönen Aussicht», «Italienische Nacht», begann den Roman «Jugend ohne Gott.»

Sonntag, 19. November

8.30 SRF 2: «**Gott ist Feministin.**» Dorothee Adrian befragt Mira Ungewitter zu deren Buch und zum Tun als Pastorin, die Popkultur und feministische Theologie zusammenbringt. Parallel bei SWR 2: «Super-Auge im All.» Das Webb-Teleskop. Science Talk mit Oliver Krause, Astrophysiker am Max-Planck-Institut.

9.30 DLF: «**Die Angst der Tech-Milliardäre vor ihrem Personal.**» Andreas von Westphalen befragt Medienwissenschaftler Douglas Rushkoff. Was für ein Welt- und Menschenbild beherrscht das Denken der Mächtigen in Silicon Valley, die zunehmend unser Denken bestimmen? Wie können wir uns Auswüchsen dieses Tech-Mindsets entgegenstellen?

11.00 SRF 2: «**Schweizer Buchpreis 2023.**» Live-Sondersendung zur Preisverleihung.

12.00 SWR: «**Familie als Anker.**» Sophie Rebmann über Deutschland als multireligiöses Einwanderungsland.

12.40 SRF 2: «**Musik für einen Gast.**» Noch eine Reprise: Kurt Marti, Pfarrer, Schriftsteller.

13.30 DLF: «**Zwischentöne.**» Musik und Fragen zur Person. Heute: Gerd Harry Lybke. Er eröffnete 1983 seine erste Galerie, die erste überhaupt in der DDR. Als die Mauer fiel, schlug seine grosse Stunde...

14.00 SWR: «**Öffnungen.**» Mexico-Archäologie. Feature von Natascha Gangl.

15.00 SRF 2: «**Georg Elser und der Tyrannenmord.**» Passage von Felix Münger. Er war ein Handwerker aus einem württembergischen Dorf. Adolf Hitler entging seiner Bombe im November 1939 nur durch Zufall. Der deutsche Historiker Wolfgang Benz setzt dem noch immer zu wenig bekannten Antifaschisten mit einer neuen Biografie ein Denkmal. In der Elser-Gedenkstätte in Königsbrunn diskutieren Jugendliche, was uns der Attentäter heute noch zu sagen hat. Tyrannenmord könne – unter gewissen Bedingungen – nach wie vor ein legi-

times Mittel des politischen Widerstands sein, sagt die Philosophin Katrin Meyer.

18.20 SWR: «**Wer hat Bambi getötet?**» Hörspiel von Monika Fagerholm. Irrungen und Wirrungen des Erwachsenwerdens.

20.00 DLF: «**Leicht leben.**» Sanguiniker zwischen Spass und Unvernunft. Feature von Michael Reitz.

23.00 SWR: «**Stören.**» Im zweiten Essay von Niehoff und Rücker: Die Fliege.

Montag, 20. November

8.30 SWR: «**Wenn T-Rex unter den Hammer kommt.**» Vera Pache über den Handel mit Fossilien. Ausgangspunkt ist der Verkauf des Skeletts «Trinity» für knapp fünf Millionen Schweizer Franken in Zürich.

14.00 SRF 1: «**Ein Häuschen im Grünen**» von André Baur. Ein ganz tief aus dem Archiv gegrabener Radio-Krimi.

Dienstag, 21. November

8.30 SWR: «**Agent Orange und die Folgen bis heute.**» Peter Jaeggi über Gifteinsätze im Vietnamkrieg.

15.00 SWR: «**Betteln ist meine Arbeit.**» Jeanette Schindler über Begegnungen mit Tibor.

19.15 DLF: «**Gemobbt, gekündigt, abgefunden.**» Wie Unternehmen gegen Betriebsräte vorgehen. Feature von Sebastian Friedrich und Nina Scholz. Murat und Amin sind aktive Gewerkschafter in Berlin. Sie lieben ihren Job. Und sie wollen für ihre Kollegen einstehen. In der Corona-Zeit kommt es zu Auseinandersetzungen um Kurzarbeitergeld, Dienstpläne, die Reinigung von Toiletten. Zwar werden die Konflikte beigelegt. Doch kurze Zeit später wird eine Filiale geschlossen. Murat und Amin erhalten die Kündigung... Siehe auch Freitag um 15 Uhr!

20.00 DLF: «**Der Herbst der R.L.**» Hörstück von Lothar Trolle, nach Motiven von Alfred Döblin in «Karl und Rosa», dem vierten Band seines Erzählwerks zum «November 1918.»

21.00 SWR: «**Utopische Dialoge.**» Ein Neue-Musik-Hörspiel von Mara Genschel.

22.00 DLF: «**Das macht die Welt so tief schön.**» Egbert Hiller zur Ästhetik des Todes in Liedern der frühen Moderne.

Mittwoch, 22. November

8.30 SWR: «**Was ist das neue Normal?**» Claus Heinrich fragt, wie Krisen unsere Werte verändern.

9.00 und 18.30 SRF 2: «**Ist das echte Zionsliebe?**» Judith Wipfler zu Bezügen von Evangelikalen und Israel.

10.00 DLF: «**Agenda.**» Klima, Kriege, Wirtschaftskrise. Was steht wann im Fokus der Medien?

15.00 SWR: «**Kein Paar, aber Familie.**» Wenn Freundinnen Eltern werden. Euni-

ke Kramer und Martha Hennersdorf über Fritzi und Frieda.

20.00 SRF 1: «**Na, hören Sie mal.**» Spasspartout-Talk aus dem Teufelhof Basel.

21.00 DLF: «**Nachgelacht.**» Sisters of Comedy 2023. Der zweite Mitschnitt.

Donnerstag, 23. November

8.30 SWR: «**Gelassen die Kleinen beim Lernen begleiten.**» Silvia Plahl über den Kindheitsforscher Remo Largo.

10.00 DLF: «**Ohne Internet.**» Analog leben in einer digitalen Welt.

15.00 SWR: «**Ganzheitlich oder gefährlich?**» Julia Illmer zum Kosmos Waldorfpädagogik.

20.00 SWR: «**Silent Tears.**» Holocaust-Frauen erinnern sich. Marlene Küster über vertonte Gedichte mit Elementen aus Klezmer- und Roma-Musik.

21.00 DLF: «**Das Leben in Klang und Geräusch kleiden.**» Sophie Emilie Beha über die (Jazz-)Pianistin, Komponistin und Improvisatorin Sylvie Courvoisier.

Freitag, 24. November

8.30 SWR: «**Als Energie knapp und politisch wurde.**» Rainer Volk über die Ölkrise 1973.

10.00 DLF: «**Gesellschaftlich abgehängt?**» Wenn Ältere in der digitalen Welt den Anschluss verlieren.

15.00 SWR: «**Gemobbt, gekündigt, abgefunden.**» Feature von Nina Scholz und Sebastian Friedrich. Gezeigt wird, wie das sogenannte Union Busting in Deutschland mit Hilfe spezialisierter Anwaltskanzleien abläuft. Siehe auch Tipp von Dienstag!

19.15 DLF: «**Endlich Aufbruch!**» Von Verärgerung zu echter Veränderung. Debatte im ‚Zeit‘-Forum Wissenschaft.

20.00 DLF: «**Im Rhythmus des Regenwaldes.**» Leben und Überleben eines Yanomami-Dorfes. Feature von Tina Uebel. Menschen im venezolanischen Regenwald verteidigen ihre traditionelle Lebensweise mit Subsistenzlandwirtschaft, der Jagd mit Pfeil und Bogen. Auf moderne Medizin und Gebrauchsgegenstände verzichten sie nicht. Parallel dazu bei SRF 1: «Rattatam, mein Herz.» Hörspiel von Franziska Seyboldt. Angststörungen. SRF 2 offeriert eine Passage um die Schriftstellerin Willa Cather: «50 Cent für einen Dollar.» SWR 2 Kultur schliesslich schaltet um zur ARD-Kinderradiomacht: «Schlafen? Nö!»

21.00 DLF: «**Vielfalt israelischer Musik.**» Das Yamma Ensemble am Rudolstadt Festival.

DLF/Deutschlandfunk – 100,6 und 105,1 MHz. SWR/Südwestrundfunk 2 – 90,4 und 97,9 MHz auf UKW sowie in digitalen Kanälen und Netzen. Die allermeisten dieser Sendungen finden sich auch im Podcast-Angebot!



Schattenboxen

Jackie Brutsche unternimmt den Versuch, Licht in die Vergangenheit zu bringen.

1987, Jackie war gerade zehn Jahre alt, nahm sich ihre spanische Mutter Carmen das Leben. Das einschneidende Erlebnis als Kind lag als Schatten über ihrem weiteren Leben, das sie mit den Ventilen von punkigen Kunst- und Musikperformances in ein Lot zu bringen suchte. Innerfamiliär erschwerte ein tiefer Graben zwischen den spanischen und den schweizer Familienzweigen, dessen Ursprünge bisher nur sehr vage verortbar waren, eine wahrlich interessierte Aufarbeitung der Gegebenheiten. Diesem riesigen Potenzial für Missverständnisse, das eine Abkürzung eines trotzigen Rückzuges ins Rechthaberische ergo eine nebulöse Wust an missgünstigen Vorwürfen begünstigte, wollte sie auf den Grund gehen. Und nicht zuletzt trieb sie auch ein Urzweifel darüber an, inwieweit psychische Erkrankungen erblich seien. «Las Toreras» erzählt vom Unterfangen, das Damoklesschwert über dem eigenen Kopf abzuhängen. Ihre Mutter Carmen war manisch-depressiv, heute bipolar. Auf ihrer Recherchereise als eine symbolische Corrida kämpfende Kunstfigur begegnet ihr in allen Familienteilen die ausgeprägte Bereitschaft, eine psychische Erkrankung einerseits als solche nicht



anzuerkennen und sie andererseits als Folge eines Erlebens abzutun, was beides als Schutzbehauptung in Verbindung mit einer Schuld eine Anwendung findet. In Spanien war sie lebhaft und fröhlich, während ihre Liebesheirat und der Umzug in die Schweiz sie in ihr Unglück stürzte, heisst es auf der einen Seite. Während die andere glaubhaft versichert, alles unternommen zu haben, um ihrer psychischen Genesung nicht im Weg gestanden zu haben. Jackie Brutsche trifft auch auf männliche Ahnen ihrer bourgeoisen spanischen Familie, mit deren sich früher schon manifestierendem Irrsinn ganz anders umgegangen und der Krankheit als umfassende Exaltiertheit viel von der bedrohlichen Ohnmacht abgesprochen worden war. Die Überführung der Problematik vom Individuellen ins Allgemeine glückt. *froh.*

«Las Toreras» spielt im Kino RiffRaff.

Durchschlagen

«Die Mittagsfrau» erzählt von einer wenig erfreulichen Selbstermächtigung.

Aus der bäuerlichen Armut glückt ihr die Flucht ins mondäne Berlin zur Tante, wo sie dank ihres Intellekts und eines fokussierten Fleisses zuerst das Abitur nachholt und sich dann ihren Herzenswunsch erfüllt, Medizin studieren, unabhängig werden. Doch Helene (Mala Emde) trägt als Tochter einer Jüdin im wuchernden Nationalsozialismus der Zeit ein lebensbedrohliches Schisma, wovon sie sich in eine zutiefst nichterfüllende Zweckehe mit dem strammen Soldaten Wilhelm (Max von der Groeben) flüchtet. Zeit zum Trauern bleibt keine. Weder um ihre grosse Liebe zum intellektuellen Schöngest Karl (Thomas Penn) noch um das drogenforcierte Wegdämmern ihrer Schwester Martha (Liliane Amuat). Das erste Kind (von Karl) kann sie nicht bekommen, weil ihre Selbstbestimmung darüber in Gefahr geriete, das zweite Kind (von Wilhelm) kann sie nicht lieben, weil es sie an die erlittene Gewalt während ihrer Erfüllung der sogenannten ehelichen Pflichten erinnert und sich aus Gründen der überlebensnotwendigen Geheimhaltung ihrer Vorgeschichte zum Hitlerjungen entwickelt und sie sich gezwungen sieht, es zurück in die bäuerliche Armut



abzugeben. Der Titel «Die Mittagsfrau» benennt eine Saga, die besagt, die Kraft einer Geisterfigur, einem um den Verstand zu bringen, wäre nur mit dem atemlosen Erzählen einer persönlichen Geschichte zu bändigen. Entsprechend dazu wirkt die Filmerzählweise von Barbara Albert, die die Zeiten formal voneinander verschieden zeichnet, wie ein regelrecht getriebener Bittgang, die Geister der Zeit mit Worten zu besänftigen alias Selbststrettung Helenes. Eine Erzählung um Leben und Tod, in der verblüffenderweise der Stab der Moral nie über Helene gebrochen wird. Ihrer zum Risiko mutierenden Herkunft, ihrer in der Folge riskanten Überlebensstrategie und einem daraus erwachsenden Risiko als böse Frau und schlechte Mutter verschrien zu werden, bietet sie stoisch die Stirn. *froh.*

«Die Mittagsfrau» spielt in den Kinos Arena, Capitol, Frame, Houdini, Piccadilly.

Ernüchterung

Wenn das hehre Ideal verlustig geht, geschieht dies stückchenweise und unspektakulär.

Böse im Sinn von einer Menschlichkeit abgewandt wird der Kunstlehrer Nuray (Merve Dizdar) nicht. Aber er verliert in Nuri Bilge Ceylans «About dry grasses» in seinem vierten Pflichtjahr in der ostanatolischen Ödnis Stück für Stück von seinem vormals entschieden verteidigten Idealismus. Kraft zur Gegenwehr bleibt nurmehr gegen die komplette Selbstaufgabe, wie sie anhand des örtlichen Tierarztes durchexerziert wird, und gegen die komplette Unterwerfung der Fait accomplis von Bürokratie, Korruption und Gewalt, wie dies der ranghöchste Militär darstellt. Aber seine Kräfte genügen letztlich nur noch für die Hoffnung, in einer Zukunft wieder zu sich selber zurückzufinden. Das Urvertrauen in sein eigenes



Vermögen, dies auch zu bewerkstelligen, wird sich erst wieder mühselig zusammenklauben müssen. Entgegen der Vorgängerfilme «Once upon a time in Anatolia» und «Winter Sleep» ist dieses Drehbuch von Akin Aksu, Eoru Ceylan und Nuri Bilge Ceylan weniger dem Zauber einer romantischen Hoffnung verpflichtet, als es viel profaner einen real notwendigen Pragmatismus hochleben lässt. Die Hauptfigur eignet sich in ihrer vielgestaltigen Fehlbarkeit nicht zur Lichtgestalt, derweil sich in Relation zu den Gegebenheiten und der sie umgebenden Figuren immer deutlicher manifestiert, dass sein vornehmlich auf intellektuelle Reflexion basierendes Ideal auch den schwerstmöglichen Stand im Bestehen gegen die zuwiderlaufenden Kräfte aufweist. Kenan (Musab Ekici), die ehemalige sozialistische Rebellin, die im Kampf ein Bein verloren hat, nährt ihre Kräfte mit einer Mélange aus Ideologie und Fatalismus. Sein Mitlehrer Samet (Deniz Celiloglu) startete bereits von einer weitaus verminderten Erwartungshaltung in dieses Abenteuer und kommt von daher mit dem dauernden Eintreten der schlimmstmöglichen Wendung anscheinend besser klar. Der Film fragt frei nach Adorno, ob und falls ja, wie ein richtiges Leben im falschen möglich ist. *froh.*

«About dry grasses» spielt im Kino Movie.

Exorzismus

Auch die Zweitbegegnung mit Marcos Moraus zauberhaften Abgründen war eine Wucht.

Aufgekratzt von seiner Gastchoreographie für das Zürcher Ballett mit «Nachträume» (P.S. vom 7.10.22/Zusatzvorstellung im Opernhaus am 23.11.23) war die Erwartung des Gastspiels seiner eigenen Compagnie «La Veronal» im Theater



(Bild: Anna Fàbrega)

Winterthur überaus freudig. «Sonoma» heisst der inhaltlich herausfordernde und bildhaft dennoch einnehmende Reigen für sieben Tänzerinnen. Der expressive Stolz im Kombination mit den französisch gesprochenen Beschwörungen und dem letztlich zur (Selbst-)Befreiung freigegebenen Rollenbild einer Frau wirken insgesamt sehr spanisch katholisch, mitunter sogar folkloristisch. Aber natürlich in einer streng reduzierten, dem Surrealismus zusprechenden und mit einer grossen Unbedingtheit, aus der Düsternis hinausweisenden Form. Der hie und da pointiert platzierte Witz erwirkt Atempausen in einer schon hauptsächlich streng-ernsten Gesamtonalität. Aber schliesslich sind die Konventionen einer ausgeprägt machistischen Gesellschaft, die eine Frau zugleich aufs Podest einer Madonnenanbetung hievt, wie sie sie mit sittlich-moralischen Fesseln in eine dienende Bodennähe zwingt, und der nachgerade exorzistisch wirkende entschieden eingeschlagene Weg, sich in einer grossen Vielstimmigkeit daraus zu befreien, auch von existenzieller Wucht. Erst befreien sich die sieben Frauen vom Kreuz, werden Henkerinnen oder Marktfrauen, drehen sich wie Derwische auf Speed in Erstkommunionsweiss, versorgen die Symbolik für eine Rückwärtsge wandtheit von gealterten Puppen in massive Kisten, lassen die kopflose Riesenhaftigkeit ins leere laufen, richten mit ausladendem Kopfputz ihre selbstgewählte Krone wieder zurecht, um zuletzt mit archaisch anmutendem Trommellärm auch die hinterletzten Geister der Hindernisse noch zu vertreiben. Marcos Morau glückt eine kongenial intuitive Lesbarkeit via die Verknüpfung einer zeitgleich inhaltlichen Überwältigung mit einer verstörend schönen Bildhaftigkeit. *froh.*

«Sonoma», 9.11., Theater Winterthur, Winterthur.

Authentizität

Die Compagnie ZeitSprung feiert die Kraft der Begegnung, der physischen Berührung.

Die Augenpaare der drei Tänzer:innen Meret Schlegel, Kilian Haselbeck und Andrea Beugger zielen mit ihren Blicken in nicht mehr menschenmögliche Richtungen, bis das eigene Auge erlickt, dass die Gesichter im Vorfilm von Bartek Sozanski zusammengesetzt sind. Die Symbolik indes ist gesetzte Grenzenlosigkeit, Neugierde gegen alle Seiten hin und vielleicht auch eine Bereitschaft als unüberwindbar verschriene Grenzen zu überwinden. Die Tänzer:innen stellen drei Alter dar, drei verschiedene Hintergründe, die sich in einer für sie Fremde in La Chaux-de-Fonds während einer Residenz treffen und ihre lustvolle körperliche, also tänzerische Annäherung in einen Ausdruck zu verwandeln, der Erschwernisse wie Vorbehalte ebenso wie notwendige Grenzziehung einer Zu-vieleuphorie in einem Fluss der Bewegung nach-fühlbar und optisch kunstvoll veredelt in sich versammelt. Thomas Jeker erweitert dieses kontinuierliche Neuausloten mit Kontrabass und Loopgerät mit einer kriminalistisch spannungsgeladenen Tonspur. Getanzt, geschieht die Annäherung zuerst rein per Tastsinn, der nicht nur in den Fingerspitzen zuhause ist, sondern sämtliche Haut-



(Bild: Cie. ZeitSprung)

oberfläche betrifft. Ein Körperknäuel, der sich eine Mitte sucht, um von dort aus sinnbildlich in sämtliche Richtungen aufzubrechen. Das Metier von Tänzer:innen schlechthin ist die gleichbleibende Agilität von Physis und Psyche bei zeitgleich notwendiger internationaler Ausrichtung des Blickes um Vernetzung und Engagements bei grösstmöglicher Wahrung der Authentizität, einem in sich Ruhem. Dass hier eine scherzhafte Einlage für herzhaftes Lachen genauso mit dazugehört, wie eine nachdenklich stimmende, melancholische Besinnung, liegt auf der Hand. Dramaturgisch ist «En Route – Halt in Zürich» in sich rund und führt die Bedeutung von physischer Berührung aus einer Zuneigung heraus vor Augen, deren erzwungene Abwesenheit jüngst alle am eigenen Leib erfahren mussten. *froh.*

«En Route – Halt in Zürich», 11.11., Helferei, Zürich.

Alarmistisch

Didaktik mit dem zur Drohung erhobenen Zeigefinger ist das Gegenteil eines Ansporns.

Ein Cheminéefeuer brennt und das Ensemble um Regula Imboden und Sabine Harbeke drückt sich um die Verantwortlichkeit dafür. Selbst dann noch, als es sich in einen Flächenbrand verwandelt hat. Was theoretisch nach einer bildhaften Übersetzung für eine landläufige Reaktion auf eine grössere akute Bedrohung klingt, wirkt in der Umsetzung auf einer Theaterbühne in seiner doch ausgesprochen bemüht simplen Form einer Informationsvermittlung vielmehr unbeholfen. Was leider letztlich für den gesamten Workshop mit Jugendchörli, Datenaufbereitung ohne Quellenangabe und tendenziell sprunghafter Vermengung von isolierten Einzelaspekten gilt. Die erzählerische Ebene, die sich scheinbar entlang der Maxime «yesterday's right is today's wrong» zu entwickeln anschickt, steht zudem dem Projekt-titel «Zukunftslust» diametral entgegen, indem eine der möglichen Zukunftsdystopien – Wassermangel in Zürich – alarmistisch und trotzdem allein verkopft durchdekliniert wird. Das spielerische Element der Workshops in Kombination mit der Vorstellung einzelner privater Initiativen und Showeinlagen, die noch reichlich Luft nach oben



(Bild: Toni Suter)

aufweisen, ergeben in der Summe eine sehr unentschiedene Wirkung. Die Überlegung, wer hier eigentlich als Adressat:in infrage käme, jenseits einer Theaterbühne, versteht sich, stellt die eigentliche Knacknuss dar. Didaktik mit dem zur Drohung erhobenen Zeigefinger, wie sich dies schon in der Volksschule der 1970er-Jahre als durchwegs glücklicher Ansatz zum Gegenteil eines Ansporns erwiesen hat, müsste wenn schon von einer ironischen Überhöhung, einer skeptischen Selbsthinterfragung oder dann im Umkehrschluss von einer todernst erscheinenden und letztlich gerade darum wiederum vollkommen lachhaften Lehrmeisterhaftigkeit begleitet daherkommen, damit es einigermaßen erträglich wirkte. In der jetzigen Form nährt das Projekt am ehesten Emotionen in der Richtung von mitleidigem Erdauern. *froh.*

«Zukunftslust», 11.11., Winkelwiese, Zürich.

Smartphonezombies



(Bild: Tabea Hüberli)

Ohne Bewegtbild findet weder ein Kinderlied noch eine Menschheitsrettung Beachtung. «Lieder die du sehen musst» von Riklin & Schaub ist bewährt trefflich unbequem.

Dem Auftaktscherz wächst zwar langsam ein Bart und drei Nummern stammen aus früheren Programmen, aber dafür passen sie dramaturgisch prima in den erneuten, optisch aufgehübschten Anlauf von Roman Riklin und Daniel Schaub, einen Zugang zur sich zunehmend unverständlicher gebärdenden Realität zu legen. Bedingt durch ihre gesteigerte Popularität erwächst nicht nur dem Dschungel der Digitalisierung eine schier unermessliche Herausforderung, auch die sich parallel dazu verhaltende Bereitschaft ihres Livepublikums, sie für all ihr Tun zu feiern und mitzusingen, führt aus Künstlerperspektive über kurz oder lang zur Sinnfrage – braucht uns eigentlich noch? Diese Antwort ist schnell gefunden. Länger benötigte nur der Versuch, ihre hintersinnig-verschroben erscheinenden Ermahnungen aus dem Hinterkopf zu bekommen. Ihr lieblicher Kinderreim «Zehn kleine Smartphonezombies» mit der makaber heiteren Bildentsprechung von Mónica Santana wirkt auf Anhieb irrsinnig übertrieben. Bis einem wieder in den Sinn kommt, dass fernöstliche Grossstädte begonnen

haben, die Fussgängersignalisation in den Boden zu verlegen, weil der Blick weg vom Smartphone verbreitet als ein zu grosser Effort angenommen wird. Die zeitgenössische Reaktion auf jedwede Kritik, das affektierte Beleidigtsein, kontern sie mit einem «Mimimi»-Song, der niemanden davon ausnimmt, sich mit etwas Distanz nochmals damit beschäftigen zu müssen. Vergleichbar nahe an individuelle Schmerzgrenzen begeben sie sich mit ihrem «Fake-News»-Song, wozu sie unter vielem anderen auch «Gott hat die Erde und den Himmel erschaffen» zählen. Sie sind sich ihrer eigens geschaffenen Bredouille sehr wohl schmerzlich bewusst. Eine mögliche Exit-Strategie, via eine Kooperation in den Showbizolymp durchzustarten, scheitert an der Weigerung der angefragten Komiker:innen, die sie sich wiederum aneignen und eine ohrwurmverdächtige Nummer daraus schustern. Der zweite Anlauf zur Selbststrettung – filmisch animiert durch Marc Schippert – meint zeitgleich die Eigenbauchbepinselung wie auch eine Verballhornung der Überhöhung des Weltenretters von Ian Fleming. Dieses Showelement treibt einem die Tränen in die Augen, nur nicht aus Rührung. Wenn sie selber nicht bald von den Bakterien auf dem Touchscreen ihrer Telefone, wovor sie humoristisch warnen, flachgelegt werden, müssen sie wohl oder übel weitere Allerweltsbetrachtungen vertonen. Daran, dass Bedarf besteht, sind sie selber schuld. *froh.* **«Lieder die du sehen musst»**, 9.11., Casinotheater, Winterthur.

Vrenelis Gräbli

Mithilfe von Statistiken beweisen Patti Basler und Philippe Kuhn im Programm «Lücke» einen zwangsläufigen Zusammenhang zwischen Kanzelkultur und Bibelischreddern.

Ihrer bäuerlichen Herkunft wegen, so gesteht Patti Basler nicht unbedingt reumütig ein, sei sie mit der Nutztierwelt vor Augen bis ins Schulalter ganz automatisch davon ausgegangen, die Erwachsenenwelt wäre rein weiblich. Schliesslich werden Munis wie Bibelis früh als unnütz entsorgt oder landen auf dem Speiseplan. Appetit, respektive vielmehr Lust scheint überhaupt ein aktuell dominierendes Thema zu sein, nimmt man ihre diesmal auffallend ausgeprägte Hinwendung zu Fruchtbarkeitsorganen als Referenz. Schaut sie indes in ihre eigene Row Zero, erhält auch diese Vorstellung einen Dämpfer und sie verwandelt sich flugs in die Kunstfigur Vreni Ferrari, die ihrem Herrn und Meister alias Scheff – also Philippe Kuhn am Klavier – das dümmliche, kichernde, unterwürfige Weibchen dermassen überzeugend vorgaukelt, dass es einen schon beim Gedanken daran, dass aus dieser Methode, bewusst angewandt, eine regelrecht alternative Selbstermächtigungsstrategie erwachsen könnte, nicht mehr nur schaurig die Nackenhaare sträubt, sondern bereits Ahnungen beschleichen, ob ihre kindliche Ur-

sprungsannahme nicht vielleicht doch... item. Eine Gemeinsamkeit finden die zwei in der katholischen Prägung ihrer Herkunftsorte Fricktal und Wallis, was sie über Maria, deren Unbeflecktheit strenggläubig auch nach der Niederkunft als sakrosankt angesehen wird, zurück zum Ursprung ihres Lückenthemas, das häufig menschenbehauptet und nicht selten geschlechterspezifisch überhaupt erst installiert worden ist. Der Zweck der Lücke wird erst richtig erkennbar, wenn er durch die Mangel der Satire gedreht wird und im Anschluss noch eine annähernd hysterische Übersteigerungskurve nimmt. Schliesslich gehören Grenzwertigkeit und Provokationslust zum Besteck von Denk- und Wortakrobat:innen, die ihr Publikum am liebsten zugleich prustend und einsichtig sehen würden. Weil das den Scheinwerfern wegen nur recht schlecht überhaupt geht, steigt sie – ganz souveräne Showgrösse – hinunter zum gemeinen Klatschvolk und befragt dieses betont jovial, ebenso insgeheim wie lauthals sind möglich, ob noch irgendwelche Fragen einer Aufklärung durch eine überirdisch umfassende Allwissenheit bedürfen. Ganz nebenbei entdeckt Patti Basler das Womansplaining und inszeniert es der emotionalen Nachfühlbarkeit des häufigeren Pendants wegen gleichermaßen als wohlige und beglückende Empfindung. Wie wenn das noch nicht genügte, setzt sie als Sahnehäubchen auch noch einen Schlagertauglichkeitstest obendrauf. *Ischjaguet ... froh.*

«Lücke», 12.11., Millers, Zürich.



(Bild: Roland Tännler)

Tun, als ob

Nach den Wahlen durfte ich an einer Befragung im Rahmen des Nationalfondsprojekts «Direkte Demokratie Schweiz im 21. Jahrhundert» (DDS21) teilnehmen. Es untersucht die Meinungsbildung in politischen Fragen: «Wie wirkt politische Werbung auf die einzelnen Stimmbürgerinnen? Welche Botschaften werden Ihnen wo zugespielt und wie bewerten Sie diese?» Der Online-Fragebogen machte mir richtig Spass: Ich konnte mich selbst meiner Belesenheit rühmen und ungehemmt meiner Ideologie frönen.

Etwas irritierte mich jedoch. Sind die Autor:innen etwa selber politischer Propaganda auf den Leim gekrochen, als sie die Frage formulierten, welche der «wichtigen Themen» aus den Wahldebatten für mich persönlich relevant seien? Zuoberst auf der Liste der zu bewertenden Themen: die Migration. Das ist reichlich suggestiv. Nicht jedes (siegreiche) Wahlkampfvehikel ist auch ein objektiv wichtiges Thema. Ich habe jedenfalls noch nie eine Wohnung, einen Job, ein Spitalbett oder einen Sitzplatz an eine:n Asylbewerber:in verloren ... dafür aber jeden Monat viel Geld an bürgerliches Gewinnstreben, das sich an meinen Grundbedürfnissen schamlos bereichert.

Als der Kanton Aargau kürzlich einen luschen Immobiliendeal einging und in-

folgedessen Windischer Mieter:innen eines Abbruchobjekts auf die Strasse stellte, um das Haus für die geplante Zwischenutzung als Asylheim leerzukriegeln («WoZ» 33/23), wollten gewisse Medien uns das gerne als Beleg dafür auftischen, dass die Zuwanderung Schuld an der Wohnungsnot sei, so à la: «Mieter raus, Flüchtlinge rein» («Weltwoche» 22.2.23) – und nicht die Profitgier der Immobilienbesitzer im Verbund mit bürgerlicher Klientelpolitik. Kein vergleichbarer Aufschrei erschallt, wenn im Zürcher Heuried 39 Wohnungen an Immobilienhaie vom Typ «Abriss und Neubau» verschachert werden, wenn in Wollishofen der Eigentümer (ein Credit-Suisse-Fonds) gleich 108 tipptoppe Wohnungen plattmachen will, oder wenn die ETH errechnet, dass die Haushalte in Neubauten monatlich im Schnitt 3623 Franken mehr verdienen als zuvor jene in den abgerissenen Häusern («mieten & wohnen» 5/23). Das ist gut ein halber Schweizer Medianlohn mehr! So verdrängen die Reichen die Armen – und nicht die Zugewanderten die Einheimischen.

Dafür trumpfte die auflagenstärkste Zeitung im Land mit einem «exklusiven Test» zu den unterschiedlichen Lebenskosten in der Schweiz auf («20minuten» 30.10.). Es zeigte sich: 1. Menschen mit Durchschnittslohn leiden überall eher unter der Wohnungsmiete als unter den Steuern.

2. In der Pampa lässt sich billig leben, wenn man nicht in vernünftiger Distanz einen Arbeitsplatz braucht. 3. Nur die Reichsten können sich die schönsten Wohnorte (mit den tiefsten Steuern) leisten. Das Blatt zog jedoch keine solchen Schlüsse aus den präsentierten Daten. Sondern platzierte direkt anschliessend einen Artikel zur Frage, ob und wie Leute wie du und ich «als Immobilienvermieter auch per Crowdfunding von Renditen profitieren» könnten. Natürlich ebenfalls ohne den Zusammenhang zwischen Immobilienspekulation und überhöhten Mieten herzustellen.

Denn die hiesige bürgerliche Wählerschaft möchte einfach glauben, dass den Tüchtigen das Glück lacht. Und wenn ihre gutschweizerischen Tugenden ihr auch weder Eigenheim noch Millionen-erbe oder Börsengewinn beschert haben, so kann sie sich doch sehr gut in solche Zustände einfühlen und so tun, als ob.



Ina Müller

Reklame



Bitte ausfüllen und
einsenden an:
P.S. Verlag, Hohlstrasse 216,
8004 Zürich oder
aboservice@pszeitung.ch

Ich bestelle

- Probeabo 5 Wochen kostenlos
- Jahresabo für 230 Franken
- Gönner:innenabo ab 300 Franken
- Abo für Menschen mit wenig Geld, 100 Franken

Name / Vorname _____

Strasse / Postfach _____

PLZ / Ort _____